

Inhaltsverzeichnis



3 Editorial

Hess bleibt,
das BULLETIN auch

4 WEF - Wahnsinn

Im eigentlichen
und im anderen Davos

6 Militärgesetz Nein

Es geht nicht um den
Selbstschutz



9 Zuger Spitalwirren

Granzio vs. Weichert

10 Majorz-Chnorz

Jetzt oder nie!

12 Interview

Warten auf...
einen Krippenplatz

14 Raumordnungskonzept

Bergsicht

15 Raumordnungskonzept

Talsicht

16 Marc-Rich-Imperium

21 Jahre krampfen
und kämpfen



19 Elektrosmog 4. Teil

Antennen, viele Antennen

20 Elektrosmog 5. Teil

Kein Pingpong
beim Elektrosmog



22 Schule im Wandel

Schulentwicklung zwangs-
läufig als Krise?

24 Tankerunfall

Das Geheimnis
hinter der Erika

25 Serviceteil

Buch
Frontal
Förderverein
Veranstaltungen
Impressum



Hess bleibt, das BULLETIN auch

Eine verdorbene Ferienwoche in Celerina, Rücktritt aus zwei Verwaltungsräten, ein bisschen Medienrummel, dann wars vorbei. Oder fast. Einen Moment lang dürfte Peter Hess nochmals geschwitzt haben - als die «Zuger Presse» mit hartnäckigem Nachfragen den höchsten Schweizer zum Geständnis zwingt, dass im Verwaltungsrat von BAT sehr wohl über die Problematik des Zigarettenschmuggels verhandelt worden sei und dies schon vor Jahren. Hoppla, dachte sich da der Schreibende, das wars ja dann wohl.

Die Erinnerung an das Interview von Hess in der Tagesschau ist noch ganz frisch. Hess, noch steifer als sonst schon, beteuert vor laufender Kamera, nichts von dieser Sache gewusst zu haben und sieht deshalb auch keine Veranlassung, seine beiden Verwaltungsratssitze im englischen Tabakkonzern als Problem zu empfinden. Trotzdem und obwohl er eigentlich gar nicht müsste, ist er natürlich sofort aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten - für den höchsten Schweizer ist Glaubwürdigkeit schliesslich das höchste Gut. Wo bitte ist also das Problem? So ungefähr die Gesamtbotschaft aus Körpersprache und gesprochenem Wort.

Und dann das - gelogen! Vielleicht liegt es ja an meiner Mutter, die mich dazu erzogen hat, immer die Wahrheit zu sagen und nicht zu lügen, dass ich glaubte, jetzt habe sich Hess' Karriere quasi im Zigarettenrauch einer geschmuggelten Dunhill aufgelöst.

Die nationale Presse nimmt die Sache nicht auf, die Zuger Presse schiebt nicht nach. Ein bisschen Auflage bolzen mit der Affäre Hess ist ja schön,



Ess ich die Suppe...?

Nein, diese Suppe ess ich nicht!

aber ganz zu Fall bringen will ihn offenbar dann doch niemand und zu guter Letzt kommt mit der SAirGroup schon bald ein dickerer Hund angefliegen. Was ist schon das bisschen Zigarettenschmuggel im Balkan gegen den Sturzflug unseres nationalen Heiligtums?

Also: noch selektiver und kritischer Zeitung lesen, sich nicht ärgern über die Medien und versuchen, es selber besser zu machen, mit den ganz bescheidenen Mitteln, die wir haben. Besser machen heisst unter anderem:

dranbleiben. Erinnern Sie sich an den Fall des verschwiegene Treuhänders aus Hünenberg mit dem gesunkenen Öltanker vor der bretonischen Küste? Inzwischen wissen wir mehr - auf Seite 24 dieser Nummer.

Zugegeben, wir haben es einfacher. Wir müssen nicht Auflage bolzen, damit wir mehr und teurere Werbeseiten verkaufen können. Wir verzichten auf Werbung und haben mehr Platz für Inhalt. Und von uns erwartet niemand Neutralität. Dafür Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und keine falsche Rücksichtnahme. Um das bemühen wir uns, viermal im Jahr, mit viel Gratisarbeit - genauer: nur Gratisarbeit - und viel Einsatz. Dass wir dies seit Jahren mit schwarzen Zahlen tun können, verdanken wir Ihnen, liebe Leserinnen, liebe Leser, die Sie mit Ihrem Abobeitrag, womöglich aufgerundet, die Herausgabe dieser Zeitschrift ermöglichen. Dafür möchte ich mich im Namen der Redaktion herzlich bedanken.

Damit die Zukunft des BULLETINS längerfristig gesichert werden kann, wurde im Februar der Herausgeberverein auf neue, stabile Füsse gestellt - siehe Seite 27. Wer einen besonderen Beitrag für die einzige alternative Stimme des Kantons Zug leisten möchte, zückt einen blauen Giacometti und wird Mitglied des «Vereins DAS BULLETIN»!

Übrigens: Die Hess-Geschichte in der Zuger Presse ist leider nur die eine Seite der ZP-Medaille. Über die andere, unschöne Seite berichtet Kurt Jordan ab Seite 20 in diesem BULLETIN.

Martin Stuber,
BULLETIN-Redaktor

Im eigentlichen und im anderen Davos

Wenige überwandern Ende Januar die Barrikaden, die den Bündner Skiort abriegelten. Unter den wenigen die Autorin. Im Folgenden ein Reisebericht übers WEF, Augenöffner, eine verschneite Demo und den weltwirtschaftlichen Wahnsinn (im Sinne des Wortes).

Von Gisela Hürlimann

Bilder von Gisela H. und Postkarten von Davos

Die Anreise gestaltete sich malerisch: Durch glitzernde Schneelandschaften gondelten wir – eine Reisegruppe der Theologischen Bewegung Schweiz und ich – nach Davos, ohne dabei polizeilich behelligt zu werden. Unsere Unterkunft, die durch «Facts» landesweit als Anarcho-Nest bekannt gewordene Pension Helvetia, ihr Wirt und ihr Speiseangebot sind im Originalzustand konservierter 70er Jahre Retro-Chic erster Güte. Weil wir unsere Bratwurst aber unbedingt am anderen Ende dieses Strassendorfes essen wollten, mussten wir beim WEF-Kongresszentrum vorbei, was am ersten Tag auch klappte – die polizeilich militärische Totalabriegelung war noch im Aufbau begriffen. Auf dem Weg dorthin begegneten uns denn auch schon Mitglieder jener holländischen studentischen Gruppe, die, weil sie Flugblätter der «Public-Eye»-Konferenz verteilten, später von Alieschs Mannen verhört und durchsucht werden sollten. Davon und von den anderen Fällen polizeilicher Repression konnte man ja reichlich hören, lesen und sehen. Weshalb ich mich vom Polizistenaufgebot – für manche weiblichen Davoser Teenager durchaus auch ein Angebot, wie Mithören im Bus ergab – ab- und dem eigentlichen Ziel meiner Reise zuwenden möchte.



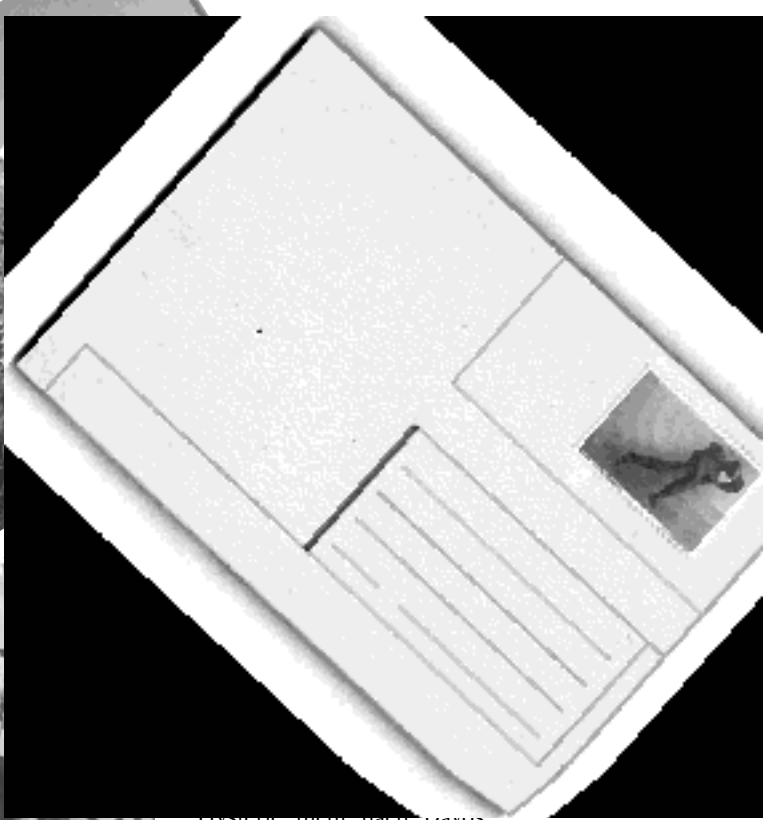
Kundgebung des anderen Davos : Eine Demo auf der Skipiste

Ein Auge auf die Machenschaften

«The Public Eye on Davos» heisst die Kampagne, welche die Erklärung von Bern und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Jahr 2000 ins Leben riefen, nachdem sie sich enttäuscht vom wenig fruchtbaren Dialog mit den Wirtschaftsmächtigen am World Economic Forum (WEF) abgewandt hatten. Ziel ist es, anlässlich der jährlichen WEF-Treffen in Davos eine kritische Gegenkonferenz abzuhalten, an der im Gegensatz zum WEF auch Leute teilnehmen können, die nicht milliardenschwere Konzerne vertreten, höchste Staatsämter inne haben oder zu den paar handverlesenen NGO gehören. Die grossen Analysen, so lautet eine alte Polittourismus-Weisheit, werden an solchen Anlässen nicht geliefert, obwohl die PodiumsteilnehmerInnen für ihre Arbeit natürlich über solche verfügen. Vielmehr gehts um ein Hören und Gehörtwerden, um Vernetzung und Austausch. Trotz allem haben es mir einige der Referierenden angetan, so Martin Khor vom «Third World Network», Toni Juniper von den «Friends of the Earth», wo auch die schweizerische Pro Natura dabei ist, Yasmin Sooka, Vizepräsidentin

der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission und Lori Walach von der grünen KonsumentInnenorganisation «Public Citizen»: Diese Frau ist der lebendige Beweis für witzig-intelligente, schlagfertige, hart arbeitende und trotzdem nicht larmoyante (hallo Schweizer Linke!) US-Linkspolitik.

Informiert wurde an den vier Konferenztagen über die Rolle des WEF in globalen Entscheidungsstrukturen, über die Kontrolle multinationaler Konzerne, über internationale Finanzbeziehungen, die Schuldenstreichungskampagne für Südafrika und die WTO-Politik. Dass die Veranstaltung so hochkarätig besetzt werden konnte, verdankte Public Eye auch dem WEF. Denn manche dieser NGO-VertreterInnen setzten auf eine Doppelstrategie: Sie nahmen am WEF und an Public Eye teil und ermöglichten so die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit auf die Rhetorik und Praxis der «global players». So ging Victoria Tauli-Corpuz von der philippinischen Tebtebba-Stiftung für die Rechte indigener Völker davon aus, dass die NGO weniger als nichts ändern, wenn sie die mit einer beträchtlichen Weltblindheit geschlagenen Manager gar nicht erst mit



Die ganz andere Prominenz in Davos: Yasmin Sooka, Vizepräsidentin der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission und der anglikanische Bischof von Kapstadt, Ndungane, an einer Kundgebung.

ihrer Präsenz belästigen. Andere wie Toni Juniper sind von der WEF-Variante des Nord-Süd-Dialogs vergangener Jahre nachhaltig enttäuscht und finden, das WEF übe sich mehr im «Errichten von Barrikaden» statt, wie angekündigt, im «Überbrücken von Gräben».

Dialogfähig?

Den Dialog verweigert zu haben – diesen Vorwurf kann man dem Public Eye, das auch den WEF-Leuten offen stand, deshalb nicht machen. Mindestens ein «Davosman» – ein Manager mit dem Badge, den die WEFs wegen der Polizeikontrollen wie Bernhardiner ihr Fässli ständig um den Hals tragen mussten – fand denn auch den Weg in die Asthmaklinik und intervenierte in die Diskussion. Dabei triefte sein Beitrag vor jenem abgeklärten Paternalismus, den abtrünnige ehemalige oder vermeintliche 68er von Brasilien bis Berlin so drauf haben. Noch ein anderer, inhaltlich nicht unähnlich gelagerter alt 68er beehrte Public Eye für knappe zehn Minuten – genug lange, um unter den SchweizerInnen im Publikum einen zweifelhaften Eindruck zu hinterlassen und unter

den anderen basses Erstaunen über den nonchalanten Auftritt eines Bundespräsidenten: Moritz Leuenberger. Sein rares Lächeln hatte er offenbar bereits an der WEF-Eröffnung verschenkt, als er genüsslich den Ur-Globalisierer Karl Marx zitierte – guter Joke! fanden wenigstens die Manager – so dass für uns nur noch seine ernste und etwas blasierte Miene übrig blieb. So ists halt im Dialog mit den Grossen und Mächtigen. Wie anders demgegenüber die Professorin für Entwicklungsökonomie und -politik aus Den Haag, die sich bei mir unterhakte, um gemeinsam zur verschneiten Minidemo zu gehen. Oder auch die Wahrheitskommissions-Vizepräsidentin und der Kapstadter Bischof Ndungane, mit denen man beim Rumstehen für eine Pressekonferenz über kalte Füsse und die ebenfalls frierenden Polizisten witzeln konnte. Merke: WEF-KritikerInnen brauchen/verfügen über soziale Intelligenz, menschliche Wärme und Humor. Kein Sonja-Buholzer-Kurs für «emotionale Intelligenz» bringt einem dahin, wenn man nichts von makroökonomischen Zusammenhängen und ethischer Politik versteht.

Systeme nicht nach Davos geschafft haben. Daran sind auch jene Ultras nicht unschuldig, die einer Art Adventure-Politourismus huldigen und es darauf anlegen, sich global mit der Polizei rumzuprügeln. Der Wahnsinn einer auf Profitmaximierung ausgerichteten Weltwirtschaft verdient es, auf tiefsinnige Weise bekämpft zu werden. Allerdings haben die Krawalle an den Anti-WTO-Demos die mediale Sensibilisierung (oder ists Geilheit?) fürs Thema wohl wesentlich erhöht – ist halt ein echter Hype! A propos Wahnsinnige: Bei der Rückfahrt von Davos reiste ein Typ im gleichen Zugabteil, der den WEF-Irrsinn aufs Eindrücklichste verkörperte. Er spielte die Rolle des wichtigen Managers, dessen Helikopter die Polizeistaat-Schweiz nicht landen liess und der deshalb mit den SBB 2. Klasse heimreisen musste. Seinem Handy-Gesprächspartner versicherte er, die Schweizer zur Strafe an der Börse fertig machen zu wollen. Als er dann in einem weiteren Telefonat über seine erotischen und Drogenvorlieben und von Businessmeetings in Rio am Montag und in New York am Dienstag schwadronierte, hoben wir, wie wir SchweizerInnen dies zu tun pflegen, wenn jemand über die Stränge schlägt, die Augenbrauen und verzogen uns. So long, Davos.

Und auf Wiedersehen im Dokumentationszentrum Büro Gegenwind in Zug, wo umfangreiche Artikelsammlungen sowie Bücher zu WEF und Weltwirtschaft vorhanden sind. Südafrika ist auch noch Thema einer von zwei Broschüren, die in diesem Bulletin besprochen werden. ■

Es geht nicht um den Selbstschutz

Das friedenspolitische Referendum alleine hat genügt, um die Volksabstimmung über die Änderungen des Militärgesetzes vom 10. Juni herbeizuführen. Dass es gute Gründe für ein linkes Nein gibt, zeigt das nachstehend dokumentierte Referat von Jo Lang an der Pressekonferenz zur Einreichung der 60'000 GSoA-Unterschriften in Bern.

Von Josef Lang, GSoA

Die Behauptung, beim revidierten Militärgesetz ginge es um die Bewaffnung der Schweizer Truppen im Ausland zum Selbstschutz, wird auch nicht wahrer, wenn sie vor laufenden Kameras ständig wiederholt wird. Wenn es nur um den Selbstschutz ginge, hätte man das Militärgesetz nicht ändern müssen. Denn der Artikel 66 Abs. 3 des noch geltenden Militärgesetzes lautet: «Der Bundesrat kann einzelnen Personen zum Selbstschutz den Waffengebrauch bewilligen.»

Wäre das neue Militärgesetz in diesem Sinne präzisiert worden - gemäss dem Vorschlag der Arbeitsgruppe Haering/Engelberger/Hess/Frick vom 21.12.1999, der aufgrund eines Gesprächs zwischen der SP und der GSoA vom 22.11.1999 zustande gekommen ist -, hätte die GSoA auf ein Referendum verzichtet. Der Vorschlag lautete: «Der Bundesrat bestimmt im Einzelfall die Bewaffnung, die für den Schutz der eingesetzten Personen und Truppen sowie zum Schutz anvertrauter Menschen und Güter erforderlich sind.»

Das neue Gesetz macht alles möglich

Das revidierte Gesetz spricht aber über diese Bestimmung hinaus von «Bewaffnung, die (...) für die Erfüllung des Auftrags erforderlich ist.» Das schliesst nichts aus und ermöglicht alles.

Diese angestrebte Ausweitung der Be-

waffnung hängt mit einer anderen entscheidenden Eskalation des neuen Gesetzes zusammen: Während das geltende Gesetz von «friedenserhaltenden Operationen» (peace keeping, Kapitel VI der UN-Charta) spricht, steht im revidierten Paragraphen der Begriff «friedensunterstützende Operation». Wäre das Bundesparlament nicht vom alten Begriff abgewichen, wie es die erwähnte Arbeitsgruppe vorgeschlagen hatte, hätte die GSoA auf das Referendum verzichtet.

Mitgegangen, mitgehangen

«Friedensunterstützende Operationen» sind auch gemäss VBS-Glossar zur «Botschaft betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung» ein Sammelbegriff für «friedenserhaltend» und «friedens erzwingend» (peace enforcement, Kapitel VII der UN-Charta). Peace enforcement («Zwangsmassnahmen ... unter Einsatz militärischer Mittel auch ohne Zustimmung der Parteien») heisst im Ernstfall Krieg.

Während peace keeping unter UN-Befehlsgewalt möglich ist, überträgt die UNO das Kommando für ein peace enforcement in den für die Schweiz relevanten Fällen der Nato.

Die Ausweitung von «friedenserhaltend» zu «friedens erzwingend» bedeutet einen Schritt weg von der UNO hin in

Richtung Nato, welche die UNO in den letzten Jahren systematisch geschwächt, instrumentalisiert und marginalisiert hat.

Die einschränkende Bestimmung «Die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedens erzwingung ist ausgeschlossen» bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung des Sonderfalls auf dem

Militärgesetz Nein

Schlachtfeld und dürfte einer späteren Teil- oder Totalrevision des Militärgesetzes wieder zum Opfer fallen. Diese Bestimmung hat mehr mit politischer

Salamitaktik als mit militärischer Logik zu tun. Denn eine Unterscheidung, ob die Schweiz auf dem Feld eine Friedens erzwingung «nur» hinter der Front logistisch unterstützt oder ganz vorne aktiv mitmacht, ist höchst theoretisch: Mitgegangen, mitgehangen!

Brothers in arms

Die globale Selbstermächtigung der Nato wiederum hat zu tun mit der neoliberalen Globalisierung. Es geht darum, die «global city» und die gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen einer rücksichtslosen Profitmaximierung repressiv unter Kontrolle zu halten oder zu bringen. Der globale Neomilitarismus ist der Zwillingsbruder des globalen Neoliberalismus.

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt - beileibe kein Pazifist - hat im April 1999 zur neuen Nato-Doktrin lakonisch gesagt: «Gegenüber diesen (sozialen und ökologischen) Weltproblemen des nächsten halben Jahrhunderts ist der von Washington betriebene Ausbau der Nato zu einer welt-

weit operationsfähigen Interventionsstreitmacht wenig hilfreich.» (Die Zeit, 22. April 1999.) Globalisierung der Nato und des militärischen Interventionismus sowie die Torpedierung einer globalen Klima- oder Sozialpolitik sind die zwei Seiten der Medaille. Neoliberalismus und Neomilitarismus sind «brothers in arms». Mit dem neuen Militärgesetz soll diese globale Waffenbrüderschaft auch in der Schweiz umgesetzt werden.

Es geht nicht um Solidarität

Das friedenspolitische Referendum gegen das neue Militärgesetz ist im Kanton Zug auf ein starkes Echo gestossen. Gegen 900 Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Winterwochen das im Kanton Zug hauptsächlich von GSoA und SGA getragene Referendum unterzeichnet. Im Verhältnis zur Bevölkerung wurde nur noch in den Kantonen Genf, Tessin, Neuenburg, Zürich, Bern und in den beiden Basel mehr gesammelt.

Das neue Militärgesetz macht es möglich, dass sich die Schweizer Armee zukünftig an Kriegen beteiligt. Das hat mit Solidarität nichts zu tun. Ein Land, das seit 152 Jahren keinen Krieg mehr führte, soll der Welt das Friedenshandwerk - seine Stärke - und nicht das Kriegshandwerk zur Verfügung stellen.

Dass es beim Militärgesetz überhaupt nicht um Solidarität mit anderen Ländern geht, illustriert der Umstand, dass es zum Beispiel in Zug von den gleichen bürgerlichen Politikern befürwortet wird, die vor kurzem ein höchst unsolidarisches Steuergesetz durchgeboxt haben. Umso schwieriger ist es, sich vorzustellen, dass Zuger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereit sind, gemeinsam mit ihnen unter dem Schlagwort der «internationalen Solidarität» zu segeln.

Liberele statt autoritäre Konfliktlösung

Wenn die GSoA die zivile, soziale und ökologische Solidarität der militärischen Pseudo-Solidarität vorzieht, tut sie das nicht nur, weil eine Welt, die für das militärische Konfliktmanagement 60 Mal mehr ausgibt als für die Gewaltprävention und die zivile Konfliktbearbeitung, von der Schweiz Gescheitertes braucht als Soldaten und Waffen. Die GSoA tut es auch, weil sie der repressiven Kontrolle von oben (Hobbes!) die gesellschaftliche

Das neue Militärgesetz ist ein rein sicherheitspolitisches Instrument. Nicht Menschen in Not soll geholfen, sondern das Image der Schweiz bei unseren westlichen Handelspartnern verbessert werden. Die dem frustrierten Bundes-Bern vom Volk verwehrte Öffnung zur Welt soll nun aus politischer Ohnmacht gegenüber den Nein-Sagern zumindest auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit ertrotzt werden. Das Ross wird am Schwanz aufgezümt: Bereits an bewaffneten UN-Aktionen teilnehmen, bevor man vom Volk das (schon lange fällige) Ja zum UNO-Beitritt bekommen hat. Wo bleibt das Primat der Politik? Zudem korrumpiert die von bewaffneten Soldaten gebrachte Hilfe die humanitäre Tätigkeit von zivilen Organisationen, wie zum Beispiel das IKRK. Bewaffnete bilden immer ein legitimes militärisches Ziel. Von Armeeingehörigen erzwungene Hilfsprojekte sind daher in dauernder Gefahr, als unfreundlicher Akt wahrgenommen und bekämpft zu werden. Dabei werden schnell einmal alle ausländischen Interventionen - zivile oder militärische - in denselben Topf geworfen. Der Unterschied zwischen einem unbewaffneten IKRK-Mitarbeiter und einem bewaffneten «Hilfe-Bringer» wird zusehends verwischt. Die echte zivile Solidarität gerät dadurch in Verruf.

che Entwicklung von unten (Kant!) entgegengesetzt.

Und wir von der GSoA tun es, weil wir dem militärischen Sonderbund des reichen Nordwestens dieser Welt eine kollektive Sicherheit entgegenstellen wollen, die auf einem allgemeinen Bund der Völker baut.

Neoliberale «Militärgrinde»

Seit Thatcher, Reagan und Pinochet wissen wir: Wirtschaftsliberal reimt sich mit politisch-antiliberal. Diese Dialektik widerspiegelt sich sogar in der Sozialdemokratie. Je offener sich Sozialdemokraten zum Neoliberalismus zeigen, desto offensiver stehen sie für das Krieg führen, das Waffen exportieren, die Wiederaufrüstung und für die Nato oder eine EU-Eingreiftruppe ein. Ähnlich wie Blair und Schröder!

In den nächsten Wochen werden wir erleben, dass gerade jene SP-Leute sich für die Militarisierung (und damit Deliberalisierung) der Aussenpolitik einsetzen, die sich wirtschaftspolitisch kaum von der FDP unterscheiden. Allerdings ist dem beizufügen: Was Blair und Schröder treiben, ist eine Tragödie. Was Sommaruga und Fehr (Mario) tun, ist eher eine Komödie. Aber auch diese hat ihre Logik: Wer die Wirtschaft einer undemokratischen Macht, dem Markt, übergeben will, ist eher bereit, auch die (Aussen-)Politik einer undemokratischen Macht auszuliefern. Wer dem Militär mehr Aktionsraum überlässt, der nimmt der Demokratie Terrain weg. Wer die Aussenpolitik militarisiert, macht sie weniger demokratisch. ■

Nato-Krieg für die UCK

(j!) Die Nato brütete mit ihren Bomben-Eiern jene UCK-Adler aus, die sich heute auf Mazedonien herabstürzen, um einen neuen Balkan-Krieg zu provozieren. Zu dieser Bilanz kommt selbst die Neue Zürcher Zeitung, mindestens auf ihren Ausland-Seiten, zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen, menschlich verheerenden und politisch katastrophalen Kosovo-Krieg. Bereits vor diesem Waffengang hatte die UCK alles unternommen, um die serbischen Repressionskräfte zu provozieren und so der Nato einen Vorwand zu geben, ihre «humanitäre» Nützlichkeit zu demonstrieren. Die erste Folge des Nato-Kriegs war die Entfesselung der serbischen Terrorbanden gegen die albanische Zivilbevölkerung. (Jede Chronologie zeigt, dass die schlimmsten serbischen Massaker erst nach und nicht vor den ersten Bombenabwürfen stattfanden.) Die zweite Folge waren 1500 Nato-Opfer, sogenannte «Kollateralschäden», vor allem unter albanischen Flüchtlingen und serbischen Zivilisten. Dazu kamen riesige Zerstörungen an Infrastrukturen und Produktionsanlagen. Die dritte Folge waren die Vertreibungsaktionen gegen nichtalbanische Minderheiten im Kosovo. Die vierte Folge war die mittelfristige Stärkung Milosevics. (Glücklicherweise schafften letzten Herbst die BürgerInnen das, was die Bomben nicht bewirkten: seine Entmachtung.) Die fünfte und wohl nachhaltigste Folge war die Stärkung der UCK, einer mafiosen Organisation mit ultrastalinistischen Ursprüngen (Stalin-Bewunderer Enver Hodscha als Vorbild!) und ultrachauvinistischen Zielen (ein ethnisch gesäubertes Grossalbanien!).

Wir KriegsgegnerInnen haben vor zwei Jahren gesagt, dass es blauäugig sei, zu meinen, wenn man oben Bomben raus lasse, kämen unten Menschenrech-

te und Demokratie raus. Weiter haben wir davor gewarnt, dass die Nato aus der Luft einen Krieg zugunsten ihrer Bodentruppen, der UCK, führe. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass das von den USA geführte Militärbündnis zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer die wichtigste stalinistische Organisation, die das Ende der Ostregimes überlebte, an die Macht gebombt hat. Zudem haben wir prophezeit, dass kriegerische Lösungen keine Lösungen seien, weil sie erstens die Konflikt-Ursachen übergehen und zweitens den gegenseitigen Hass nur noch anheizen. Die Auseinandersetzung um das Militärgesetz ist auch eine Gelegenheit, aus dem Kosovo-Krieg Bilanz zu ziehen. Die damaligen KriegsbefürworterInnen - auch die linken - hüllen sich in lautes Schweigen. Aber sie haben bereits geschwiegen zum Tschetschenienkrieg und zu Putins Kriegsgräueln, einer direkten Folge des Natokriegs.

Sie haben mehrheitlich geschwiegen zu den Vertreibungsaktionen der UCK gegen die Roma und gegen SerbInnen. Und die meisten schweigen, um ein aussereuropäisches Beispiel zu nehmen, zu den wöchentlichen Massakern der Todeschwadronen in Kolumbien.

Osterbescherung für Mazedonien



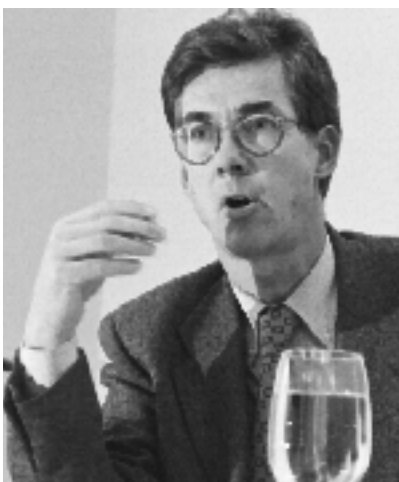
Granziol vs. Weichelt

Am 23. Januar 2001 reichte Leo Granziol, CVP-Kantonsrat und Verwaltungsrat der AndreasKlinik, beim Kantonsgerichtspräsidium Zug gegen Manuela Weichelt, Kantonsrätin Frische Brise, und die Neue Zuger Zeitung ein Gesuch «betreffend vorsorgliche Massnahmen aus Persönlichkeitsschutz und UWG (Gesetz über den unlauteren Wettbewerb)» ein.

Von Yvonne Furler, Kantonsrätin
Alternative Fraktion

Granziol beantragte, «den Gesuchsgegnern sei unter Strafandrohung zu verbieten, der Öffentlichkeit (gegenüber) in Wort oder Schrift irreführende und unrichtige Angaben über die finanzielle Situation der AndreasKlinik Cham AG zu machen und zu publizieren, insbesondere zu behaupten, die Gesuchstellerin stehe vor dem Konkurs, habe finanzielle Schwierigkeiten, sei insolvent, nicht zahlungsfähig oder Gleichbedeutendes.»

Anlass für diesen Versuch, Manuela Weichelt und der Zeitung für die Debatte



rund um die Zukunft der AndreasKlinik einen Maulkorb zu verpassen, waren die «Zuger Ansichten» vom 20.01.2001, in denen Weichelt sich unter dem Titel «Freundliche oder unfreundliche Übernahme» auch zur finanziellen Situation der Klinik geäussert hatte. Ihre Beurteilung hatte sie auf Ausführungen und Medienmitteilungen der betroffenen Gesellschaft selbst, der Finanzdirektorin und von Stawikommitgliedern gestützt.

Dieser Artikel gefiel der AndreasKlinik gar nicht. Sie verlangte von Manuela Weichelt nicht nur schriftlich eine Entschuldigung und eine Entschädigung, sie ging, wie erwähnt, sogar gerichtlich gegen die Kantonsrätin und die Neue Zuger Zeitung vor.

Maulkorbklage

Diese Klage, im Kantonsrat alsbald mit «Maulkorbklage» betitelt, wird in die Zuger Parlamentsgeschichte eingehen. Denn wie die Staatskanzlei auf Anfrage bestätigte, hat noch nie ein Parlamentsmitglied versucht, eine Ratskollegin oder einen Ratskollegen gerichtlich an der Ausübung verfassungsmässiger Rechte, insbesondere der Meinungsäusserungsfreiheit, zu hindern.

Bisher galt denn auch vielmehr der Grundsatz, dass sich der, der öffentliche Gelder beansprucht, auch der demokratischen Auseinandersetzung zu stellen hat.

Derlei demokratische Spielregeln scheinen die Vertreter der AndreasKlinik noch wenig gewohnt: Öffentliche Gelder

möchten sie beanspruchen - sei es aus dem Lotteriefonds oder in Form von Subventionen - Diskussionen um die eigene Geschäftspolitik und Finanzlage jedoch tunlichst vermeiden.

So wagte die Gesellschaft denn vor der entscheidenden Kantonsratsdebatte im Februar 2001 den Hosenlupf: Die angebotenen Subventionen sollten eingefordert, die kritische Kantonsrätin Weichelt gleichzeitig ausgeschaltet werden. Denn wer per richterlichen Befehl im vornherein mundtot gemacht wurde, kann auch von der Parlamentarischen Immunität keinen Gebrauch mehr machen.

Das Timing erwies sich als unwirksam. Manuela konnte an besagter Spitaldebatte zufolge Ortsabwesenheit gar nicht teilnehmen. «Untauglicher Versuch» nennt man dies in der Juristensprache. Aber auch der Richter spielte nicht mit: Die AndreasKlinik blitzte mit ihrem Begehren ab und wurde zur Übernahme der Kosten verurteilt.

Die Hoffnung auf ein rasches Ende dieser unrühmlichen Geschichte war jedoch verfrüht: Der Richterspruch ist von Granziol an die zweite Instanz weitergezogen worden und dort bei Redaktionsschluss noch hängig.

Was die AndreasKlinik mit diesem Gerichtsverfahren wirklich erreichen will, ist unklar. Böse Zungen munkeln, man wolle sich damit heute schon vorsorglich an die im Verwaltungsrat der Spital-Baar-Zug AG herrschenden Gebräuche und Sitten anpassen... ■

Jetzt oder nie!

Doch, es sind schon fast vier Jahre her. 1997 haben die Zugerinnen und Zuger zweimal über die Einführung des Majorzwahlsystems abgestimmt. Beim ersten Mal hauchdünn dafür, beim zweiten Mal etwas deutlicher dagegen. Jetzt will eine Koalition aus CVP- und FDP-PolitikerInnen den Majorz doch noch durchstieren.

Von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat Zug

Am 10. Juni geht es für die rotgrünvioletten und die rosaroten Kräfte im Kanton Zug um die Wurst. Wenn wir weiterhin in Gemeinde- und Kantonsexekutiven vertreten sein wollen, muss die Einführung des Majorzes verhindert werden!

Wir wissen es aus den Kantonen mit Majorzwahlssystem und ähnlichen politischen Kräfteverhältnissen: Inhaltlich profilierte Linke und Grüne haben dort nur unter ganz speziellen Bedingungen eine Chance, in die Exekutive gewählt zu werden. Ein gutes Beispiel dafür ist der Nachbarkanton Zürich, wo der Linke und die Grüne mit ihrer Politik schon fast bis zur Unkenntlichkeit in die Mitte gerückt sind. Verena Diener eroberte damals den Sitz nur dank Ihrer Bekanntheit als Nationalrätin.

Und im Kanton Zug fällt das Sprungbrett Nationalrat zurzeit weg. Angesichts der Krise der nationalen SP, die noch längere Zeit andauern dürfte, sind die Aussichten trübe, es in absehbarer Zeit zurückzuerobern.

Ähnlich sieht es in den Gemeindeexekutiven aus. Eine Analyse* der Wahlergebnisse von 1998 zeigt, dass von 11 alternativen oder SP- GemeinderätInnen bei Majorzwahlen nur gerade vier den Sprung geschafft hätten. Zwei von diesen

vier Sitzen würden höchstwahrscheinlich verloren gehen, wenn die Bisherigen zurücktreten.

Ähnlich sieht es bei der SVP aus: Ihre drei Gemeinderatssitze hätte sie bei Majorzwahlen nicht gemacht, hingegen in der Stadt Zug wegen der gemeinsamen Liste von CVP/SVP einen Stadtratssitz gewonnen. Kaum anzunehmen, dass die CVP bei Majorzwahlen eine gemeinsame Liste mit der SVP machen wird...

In fast allen Gemeinden käme es zu einem CVP/FDP-Eintopf, was je nach Gemeinde die absolute Mehrheit für CVP oder FDP bedeuten würde! Genau gleich hätte es bei den Wahlen 1994 ausgesehen.

Genau darum geht es den Majorzern bei CVP und FDP: Die Linken und Grünen – und die SVP - sollen draussen bleiben, geduldet bei freiwilligem Proporz wären höchstens extrem angepasste oder dezidiert rechte SP-Leute oder Alternative, die bei 90% der Fragen auch bei FDP oder CVP politisieren könnten.

Mehr Details sowie eine ausführliche Analyse der Wahlen 1990 und 1994 findet sich unter www.alternative-zug.ch/majorz.

Ausnahme «Chnuschi»

«Aber der Uster wird ja auch im Majorz gewählt!» Wie tibetanische Gebetsmühlen wiederholen die Majorzbefürwortenden diesen Glaubenssatz, um zu beschwichtigen. Diesmal eventuell ergänzt durch den Nachsatz: «und Flachsmann wäre nicht gewählt worden.»

Die Antwort darauf wird unwidersprochen und mit einer Hartnäckigkeit ignoriert, die tiefes Misstrauen geradezu zwingend macht: Im Majorz wäre Hanspeter Uster gar nie gewählt worden.

Es ist wirklich eine Binsenwahrheit: Bisherige aus dem linksgrünen Lager wären bei Majorzwahlen gar nie gewählt worden. Die Betroffenen sind erst im Regierungsamtsamt so bekannt und populär ge-

worden, dass sie es auch bei Majorzwahlen schaffen würden. Und bei Hanspeter Uster kommt noch speziell hinzu, dass er mit seiner kompetenten Amtsführung auch viele bürgerliche WählerInnen überzeugt.

Diese Kompetenz hätte er im Majorzsystem mangels Regierungssitz gar nie beweisen können.

Ein neues Element

Wir ersparen uns die erneute Aufzählung weiterer Argumente gegen den Majorz, diese wurden vor vier Jahren zur Genüge gewälzt. Hingegen kommt ein neues Element hinzu: Im vorgeschlagenen neuen Majorz-Wahlgesetz haben die Listen keine Parteibezeichnungen mehr. Darauf werden die Majorzbefürwortenden wahrscheinlich herumreiten, um ihren Slogan von den «Personen vor Parteien» etwas glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Was auf den ersten Blick so wirkt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als das pure Gegenteil. Gibt es keine Parteilisten mehr, setzt das grosse Geklüngel hinter den Kulissen für eine «mehrheitsfähige» Liste ein. Und wer wird wohl die Päckli schnüren und dominieren? Richtig, die grösste oder die beiden grössten Parteien in der Gemeinde. Und wer ist das wohl? Wer dreimal raten muss, darf den vorherigen Abschnitt nochmals lesen.

Unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen verhilft diese Regelung den beiden grössten Parteien CVP und FDP zu noch mehr Einfluss bei der Besetzung der Sitze.

Wir können gewinnen

Wir müssen diese Abstimmung nicht nur gewinnen, wir können sie auch gewinnen. Lassen wir uns nicht von den diversen, teilweise brutalen Abstimmungsniederlagen der letzten 12 Monate



täuschen. Bei der Majorzabstimmung sind die Vorzeichen für einmal anders:

- Die FDP ist nicht geschlossen in dieser Frage. Während bei der CVP der Gesinnungsdruck in dieser Frage so gross ist, dass sich wohl nur wenig ExponentInnen öffentlich als MajorzgegnerInnen outen werden, sieht es bei der FDP anders aus. Dort wird die Majorzgegnerschaft im aktuellen Abstimmungskampf wesentlich besser organisiert sein und aktiver auftreten als bei den letzten beiden Abstimmungen. Der klare Beschluss der Rischer FDP-Sektion kontra Majorz ist ein erstes Zeichen dafür.

- Die SVP-Führung hat eine ganz klare Haltung kontra Majorz und wird sich wesentlich stärker engagieren als 1997. Die SVP hat verstanden, dass sie ihre Wahlgewinne seit 1998 nur in Sitze ummünzen kann, wenn der Proporz bleibt. Diese für uns zugebenermassen unerfreuliche wahrarithmetische Perspektive wird allerdings stark relativiert durch die lau-

fende Anpassung der CVP und FDP nach rechts. Zudem: Wer kann bei näherer Betrachtung ernsthaft behaupten, dass bezüglich Output das Baudepartement Flachsmann schlechter dasteht als unter Twerenbold? Merke: Wir sprechen vom Output, nicht vom Klima innerhalb des Baudepartements.

- Die Kampagne der SVP wird noch mehr Gewicht erhalten durch die Tatsache, dass ein nationales Abstimmungsthema besonders die SVP-Anhängerschaft mobilisieren dürfte: das Referendum gegen den Auslandseinsatz des Schweizer Militärs. Für einmal könnten wir bei einer kantonalen Abstimmung vom nationalen Abstimmungsthema profitieren.

Die derzeitige Mobilisierungsschwäche der Linken kann bei der Majorzabstimmung überwunden werden. Wir werden eine lebendige, plakative Kampagne führen und zu den Leuten gehen. Vergessen wir die Lehre aus der zweiten Abstimmung 1997 nicht: Dort

brachte das massive Trölen in Baar schlussendlich den Umschwung zugunsten des Proporz!

Die Majorzkampagne ist eine gute Gelegenheit, unser unmittelbares eigenes Umfeld optimal zu mobilisieren und vielen Leuten näher zu bringen, weshalb es die Alternativen braucht.

Die für uns günstigere Konstellation bei den Bürgerlichen darf uns nicht in einer falschen Sicherheit wiegen. 1997 brauchte es den Schock der ersten Abstimmung, um die Zuger Linke wachzurütteln und die Kräfte freizumachen, welche schliesslich den Abstimmungsausgang kehrten. Dieses Mal gibt es keine zweite Chance. Jetzt oder nie! ■

* Eine genaue Aufstellung des Wahlausgangs 1998 mit Majorz sowie eine Sammlung der wichtigsten Artikel in den SGA-Bulletins von 1997 zum Majorz findet sich auf dem Internet www.alternative-zug.ch/majorz

Warten auf...einen Krippenplatz

Ursula Küttel-Volkart lebt in Menzingen. Sie ist Kindergärtnerin und ausgebildete Erwachsenenbildnerin. Sie leitet die Elternbildung der Frauenzentrale Zug sowie das Projekt Chinderhuus der Familie Plus in Cham, über welches die Bevölkerung an der nächsten Gemeindeabstimmung zu befinden hat. Das Interview wurde am 7. Februar 2001 geführt.

**Die Fragen stellte Natalie Chiodi
Bilder Ursula Küttel**

Bulletin: Kürzlich konnte man in den Medien lesen, dass Kinderkrippen in Unternehmen gar nicht gefragt seien. Du wurdest zu diesem Thema kürzlich ebenfalls zitiert und sprichst von langen Wartelisten.

Ursula Küttel: Ich mache die Erfahrung, dass ich durchschnittlich pro Woche zwei Anfragen für einen Krippenplatz erhalte. Eine Umfrage bei den anderen Zuger Kinderkrippen bestätigt zudem, dass allgemein ein Mangel an Betreuungsplätzen vor allem für kleine Kinder besteht. Das Bild der Kinderkrippen scheint

sich ganz allgemein langsam zu verändern und Mütter und Väter erkennen und schätzen immer mehr den sozialen und pädagogischen Wert familienergänzender Kinderbetreuung. Frauen planen zudem ihre beruflichen Aktivitäten bewusster und zielgerichteter und suchen nach Möglichkeiten, Beruf und Familien zu verbinden. Dies führte zu einer vermehrten Nachfrage nach Krippenplätzen. Dass Firmen weniger mit Fragen nach Krippenplätzen konfrontiert werden, hat mit der Tatsache zu tun, dass sich Frauen zuerst um einen Betreuungsplatz bemühen, bevor sie sich um eine Arbeitsstelle bewerben. Die Idee, dass während der Arbeitszeit eine Firma zuständig sein könnte für die Betreuung ihres Kindes, ist den Frauen hier sehr fremd. Zudem hatten die Arbeitgeber in der Vergangenheit wohl allgemein kein sehr feines Gehör für solche "exotischen" Anliegen.

Bulletin: Was hältst du von der Idee, dass Firmen sich in bestehenden Krippen einkaufen und eine Anzahl Krippenplätze reservieren?

Ursula Küttel: Es scheint mir sinnvoll. Vor allem deshalb, weil Kinderkrippen in die Wohnquartiere gehören, wo Familien und Kinder leben und wohnen, um

dort immer mehr zu einem festen Bestandteil der Infrastruktur zu werden.

Bulletin: Die Krippen sind aber auf finanzielle Unterstützung angewiesen?

Ursula Küttel: Im "Chinderhuus" in Cham errechnen wir einen Sozialtarif, d.h. die Elternbeiträge richten sich nach dem Einkommen der Eltern. Für ein Kleinkind kostet ein Betreuungsplatz im Tag zwischen 17 und 70 Franken für Familien aus der Gemeinde Cham. Daneben werden wir von der Gemeinde subventioniert, denn der Selbstkostenpreis für einen Krippenplatz wird heute auf 130 bis 150 Franken pro Tag errechnet. Das ist sehr viel Geld, und für viele Familien übersteigt das die eigenen Möglichkeiten bei weitem. Ich mache allerdings die Erfahrung, dass Eltern sehr wohl bereit sind, ein angemessenes Taggeld für ihr Kind zu zahlen. Eine gute, professionelle Betreuung ist den Eltern sehr wichtig. Sie wollen Vertrauen haben können und den Kindern muss es wohl sein.

Bulletin: Was ist der Unterschied zwischen einer Kinderkrippe und einem Hort?

Ursula Küttel: Ein Hort ist in der Regel eine Tagesbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter, während in einer Krippe Kinder vom Säuglingsalter bis in den



Interview



Kindergarten betreut werden. Eine andere Definition besagt, dass der Hort eine Stundenbetreuung ist.

Das "Chinderhuus" Cham betreut Kinder von zwei Jahren bis zum Ende der Primarschulzeit. Die Kinder müssen allerdings im Minimum einen Tag in der Woche bei uns sein. Wir bieten weder einen Mittagstisch an, noch können wir Kinder stundenweise aufnehmen. Vor allem der Mittagstisch entspricht, von den Anfragen ausgehend, die ich erhalte, einem Bedürfnis.

Bulletin: Wer betreut Kinder unter zwei Jahren?

Ursula Küttel: An Krippenplätzen für Säuglinge herrscht grosser Mangel. Wir nehmen die Kinder frühestens im Alter von ca. 20 Monaten. Darunter sind sie so betreuungsintensiv, dass es uns personell und von den Räumlichkeiten her gar nicht möglich ist, kleinere Kinder zu betreuen. Den Familien von Säuglingen bleibt lediglich, eine Tagesmutter zu suchen. Und auch das ist nicht immer einfach.

Bulletin: Das tönt nicht so begeistert?

Ursula Küttel: Es gibt sehr gute Betreuungsplätze auch bei Tagesmüttern. Für gewisse Kinder ist eine Tagesmutter das einzig Richtige, aber es gibt halt keine

Qualifikationen und regelmässigen Kontrollen bei Tagesmüttern. Es gibt Eltern, die deshalb ein ungutes Gefühl haben. Eine Idee wäre, Tagesmütter in die Krippe einzubinden. Das würde allen dienen. Die Betreuung von Säuglingen könnte von Tagesmüttern übernommen werden, die Eltern hätten die Sicherheit, dass die Kinder einen nahtlosen Übergang in die Krippe hätten. Ab zwei Jahren ist es wünschenswert, wenn die Kinder in eine grössere Gruppe integriert werden können.

Bulletin: Bis in welches Alter sollten Krippenplätze zur Verfügung stehen?

Ursula Küttel: Ich denke, dass Kinder bis mindestens zur 6. Klasse regelmässig betreut werden müssen. Die Betreuung der Schulkinder wird häufig vernachlässigt. Eltern von Schulkindern sind noch häufiger wieder berufstätig. Da stellt sich dann die Frage, wo die Schulkinder ihre Freizeit verbringen. Über die Betreuung der Schulkinder scheint man sich nicht den Kopf zu zerbrechen.

Bulletin: Was erwartest du von den Parteien?

Ursula Küttel: Die Familienstrukturen, die Bedürfnisse der Eltern und der Kinder haben sich sehr verändert. Eine Par-

tei, die sich aktiv und offen mit dem Thema Familie auseinandersetzt, kann die Augen davor nicht verschliessen. Ich plädiere grundsätzlich für viel Selbstbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Familie. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, wie z. B. familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten, Teilzeitstellen für Männer,... Parallel dazu müssen natürlich die Löhne von Frauen angehoben werden. Und das sind im Anbetracht des 20. Jahrestages der Gleichstellung von Mann und Frau wirklich keine übertriebenen Erwartungen. ■

Das läuft im Parlament

Nachdem die Interpellation für ein «familienfreundliches Tessiner Modell» im Sinne familienergänzender Kinderbetreuung im Kantonsrat behandelt wurde und die AutorInnen mit der Beantwortung nicht zufrieden waren, wurde im Januar 2000 eine Motion für ein «familienfreundliches Zuger Modell» eingereicht. Der Regierungsrat soll durch die Motion beauftragt werden, ein «familienfreundliches Zuger Modell» für Kinder im Vorschulalter und im Schulalter auszuarbeiten. Zu diesem Zweck soll eine breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt werden, welche für Kanton und Gemeinden konkrete Massnahmen und Modelle erarbeitet und allfällige Gesetzesänderungen vorschlägt. Der Arbeitsgruppe sollen Personen aus Kanton (Bildungsdirektion, Direktion des Innern), Gemeinden, Sozialpartnern, Kirchen und Privaten (Eltern, Lehrpersonen, Fachpersonen von Kinderhorten und Spielgruppenleiterinnen) angehören. Mit dem Ausbau und der Unterstützung von bestehenden Einrichtungen, aber auch mit neuen Angeboten sollen Familien, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche gefördert werden.



Bergsicht

Zug erhält ein neues Raumordnungskonzept. Das von der Baudirektion ausgearbeitete Raumordnungskonzept (ROK) stellt ein grundlegendes Planungsinstrument mit ganzheitlicher Ausrichtung dar. Es nimmt unter anderem eine Gliederung des Kantons in sechs gemeindeübergreifende Teilräume vor. Dieser Beitrag konzentriert sich auf den Teilraum 3, das «Berggebiet».

**Von Josef Marty, Kantonsrat Freie Wähler, Menzingen
Illustration Baudirektion**

Der Kanton Zug besitzt vorteilhafte Standortfaktoren: wunderschöne Landschaft, leicht erreichbare Erholungsräume, reiches Kulturleben, moderne Infrastruktur, «kundenfreundliche» Verwaltung, kurze Arbeitswege, optimales Bildungsangebot, Nähe zum Wirtschaftsraum Zürich mit Flughafen.

Zur Freude, hier zu leben, zu wohnen und zu arbeiten, kommt die Sorge, dass dies auch weiterhin so bleibt. Und da stellt sich die Frage: Können wir uns den sich verändernden Situationen anpassen? Dies nicht auf Kosten der Lebensqualität, sondern mit fortschrittlichen, innovativen und weitsichtigen Lösungen. Nicht eigennützig und begrenzt, sondern interkommunal vernetzt. Dazu braucht es ein grundlegendes Konzept.

Das ROK als Grundlage

Wichtigste Erkenntnis: Wir alle sind gegenseitig aufeinander angewiesen; wir müssen im kleinen Kanton Zug unsere Zukunft miteinander gemeinsam planen.

Das ROK bestimmt die Koordination

und das Zusammenwirken, regional und unter den Gemeinden.

Das ROK beschreibt gemeindeübergreifend sogenannte Teilräume: die Stadtbesiedlung mit ihrer Agglomeration und die Landschaft im Tal, die Dörfer und ihre Landschaft auf dem «Berg», sowie die Waldgebiete, die Seen und die Flusslandschaften.

Diesen Teilräumen werden im ROK Aufgaben und Perspektiven zugeordnet, die für die Entwicklung des ganzen Kantons Zug wichtig sind.

Mit dem ROK initiiert der Kanton die Zusammenarbeit unter den Gemeinden, indem er grundlegende Leitlinien festlegt.

Das bedingt, dass der Kanton auch Verantwortung übernimmt und für einen gerechten Lastenausgleich sorgt, den es verbindlich festzuschreiben gilt. Jeder einzelne Standortfaktor trägt zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. Nur ein gemeinsames Geben und Nehmen wird Zug weiter bringen.

Das Beispiel Menzingen

Als «Bergler» möchte ich am Beispiel Menzingen einige Aspekte unseres Teilraums hervorheben. Menzingen ist eine Zuger Aussengemeinde mit einer intakten Landschaft. Dazu leisten unsere Landwirte ihren Beitrag. Sie sind mit der Region verwurzelt und die Zeit hat sie gelehrt, sich anzupassen. Mit einem reinen Landschaftspflegeauftrag könnten sie ihre Aufgabe nicht bewältigen. Es muss auch ein gewisser Freiraum für eigenes Unternehmertum offen stehen.

Die Strukturen im Gewerbesektor sind in Menzingen gewachsen. Traditionelle Handwerksberufe wie Seiler oder Wagner wurden durch andere abgelöst. Mangels Nachfrage verschwanden gar bestimmte Berufe aus dem Dorf. Noch ist Menzingen keine Schlafgemeinde. Und so weit soll es auch nicht kommen.

Unser Dorf soll leben. Dazu brauchen wir Arbeitsplätze – auch neue. Allerdings nicht in Form einer Industriezone wie etwa in Walterswil.

Menzingen ist eine weit herum bekannte Bildungsstätte. Das Seminar Bernarda soll zu einem Kurzzeitgymnasium für angehende Lehrerinnen und Lehrer werden. Jedoch nicht nur für eine «kurze Zeit». Statt Worte müssen Taten beweisen, dass eine eigenständige Schule aufrecht erhalten werden kann.

Wird das ROK auf Zustimmung stossen? Das Planwerk ist gut und fundiert. Die Akzeptierung desselben ist ein Muss. Da wird über den Gartenzaun hinaus gedacht. Grundlegende Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung sind wichtig. Die Partizipation an den Vorteilen der anderen bedeutet gleichzeitig das Mittragen der Lasten der anderen. ■



Talsicht

Als Vorstufe zu einem neuen Richtplan mit Anpassungswirkungen auf gemeindliche Bauordnungen und Zonenpläne kommt dem aus dem Amt für Raumplanung stammende Raumordnungskonzept grosse Bedeutung zu. Kantonsplaner René Hutter und sein Stab legen mit dem ROK eine seriöse, klar gegliederte und leicht verständliche Arbeit vor, die jedoch auch zu kritischen Bemerkungen Anlass gibt.

Von Gerhard Schmid
Illustration Baudirektion



Sind direktdemokratische Gepflogenheiten mitverantwortlich dafür, dass in der Schweiz im öffentlichen Raum ein Mehrfaches dessen geplant wird, was schliesslich zur Ausführung gelangt? Auch der Kanton Zug macht da keine Ausnahme: Für Bahnhof, UZB, Tandem u.a. wurden schon Unsummen in Planungsleichen investiert. Das mag den Regierungsrat bewogen haben, frühzeitig unter öffentlicher Mitwirkung mögliche und wünschbare Entwicklungstendenzen in umfassender Sichtweise aufzuzeigen. Von den vier Abschnitten A-D ist B (Beschlüsse) von besonderem Interesse und einiger Brisanz.

«Die verbindlichen Aussagen sind farblich hinterlegt» heisst es einleitend. Wie verbindlich, möchte man gerne wissen: sakrosankt oder zumindest behördenwirksam?

Anschliessend folgen Zielformulierungen zu Raumordnungspolitik, Siedlung, Landschaft, Umwelt und Verkehr. Die Ausrichtung auf Ziele statt Hüst und Hott wie bisher ist durchaus lobenswert, auch wenn es gelegentlich nach Wunschenken tönt:

«Kanton und Gemeinden verbessern die Qualität der Luft und Gewässer, reduzieren den Lärm und halten den Boden fruchtbar.» Das heisst wohl nichts anderes, als dass Umweltverträglichkeitsfaktoren einen ungleich viel höheren Stellenwert geniessen werden als heute. Leider ist in den Zielsetzungen zum Verkehr davon nicht viel zu spüren, denn die Formulierungen sind vage, allerdings mit einer Ausnahme:

«Der Kanton setzt sich für einen umweltverträglichen Ausbau und Betrieb des Flughafens Zürich ein.» Nur schade, dass hier der Widerspruch unauflöslich ist. Das ist etwa so, wie wenn man einen Metzger zum Vegetarismus bekehren wollte!

Eher neckisch hört sich der folgende Passus an (S. 25): «Der Kanton verbes-

sert die Anbindung des öffentlichen wie auch privaten Verkehrs an die Autobahn,...» Nein danke, wer will schon an der Autobahn auf den Bus oder Zug warten?

Es erstaunt auch, dass das Velo nirgends mit dem Arbeits- oder Einkaufsweg in Verbindung gebracht wird. In der ROK-Optik beschränkt sich seine Rolle auf ein Gerät zur Erholung oder sportlichen Ertüchtigung.

«Kanton und Gemeinden trennen das Siedlungsgebiet vom Nichtsiedlungsgebiet. Linien begrenzen die Ausdehnung der Siedlungen und halten die Räume frei für andere Nutzungen.» Was aber, wenn diese Begrenzungslinien so weit gezogen werden, dass lediglich «Freiräume» von wenigen Dutzend Metern entstehen wie zwischen Zug und Oberwil, Baar und Inwil oder in der städtischen Lorzenebene?

«Es sind auch bestehende Siedlungslücken zu füllen, sofern das Land in diesen Gebieten verfügbar ist...» Wenn nicht, sollte man den Mut haben, gehortetes Bauland nach einer vorgegebenen Zeit entschädigungslos auszuzonen.

Der Kanton will im Weiteren die gesetzlichen Bauverfahren vereinfachen und verkürzen. Hoffentlich nicht in Form einer Reduktion auf das Vitamin-B-Prinzip in Verbindung mit bewährter gegenseitiger Pfründenbewirtschaftung!

Solche Überlegungen wollen den unbestreitbar hohen Wert des ROK nicht schmälern, wobei allerdings eine leise Sorge mitschwingt: Das Vorzeigedokument darf nicht dazu herhalten, die Mitwirkung der Basis bei höherrangigen Planungsschritten einzuschränken. ■

21 Jahre krampfen und kämpfen

Ein Rückblick auf zwei bewegte Jahrzehnte. Oder: die Dialektik zwischen globalem Rohstoffhandel und politischem Internationalismus. Oder: Wie sich der Zuger Filz global bereicherte und blamierte.

Von Josef Lang

Illustration: Blick-Ausrisse

1974: Marc Rich, Supertrader bei der Zuger Philipp Brothers, gründet mit dem US-amerikanischen Geschäftspartner Pinkus Green und weiteren Tradern - unter ihnen dem einheimischen Eddie Egloff - eine eigene Rohstoff-Firma. Bereits zu diesem Zeitpunkt ist Zug ein internationales Rohstoffhandelszentrum. Zu den weltweit grössten Firmen gehörten unter anderem die vom bolivianischen Zinnkönig Patino gegründete Rio Tinto Zink oder die US-amerikanische «Metall und Rohstoff».

1980: Die Marc Rich & Co erzielt bei einem Umsatz von 25 Milliarden einen Reingewinn von 406 Millionen Franken. Dieses rasante Wachstum, Informationen über Handel mit Pinochet, Ceausescu und Südafrika und die Doppelfunktion Rudolf Mosimanns (FDP) als oberster Ankläger und mehrfacher Marc-Rich-Verwaltungsrat motivieren uns, auf das Marc-Rich-Imperium ein besonderes Augenmerk zu richten.

Blut, Schweiss und Tränen

1981: In einer «Zuger Bresche»-Ausgabe werden der Staatsanwalt Rudolf Mosimann und seine Marc-Rich-Firmen öffentlich angegriffen unter dem Titel: «Die Kleinen hängt man, die Grossen...». Ein Vorwurf lautet: «Ausbeutung der Dritten Welt». Walther A. Hegglin (CVP) lanciert sein inzwischen weltberühmtig-

tes Bonmot: «Was gut ist für Marc Rich, ist auch gut für Zug.»

1982: Die Marc Rich & Co. zügelt von der Gotthardstrasse ins eigene Dallas-Building an der Baarerstrasse (heute ZKB). In meiner ersten Rede im Grossen Gemeinderat nehme ich den Budget-Stolz der Bürgerlichen zum Anlass, auf die Kehrseiten gewisser Steuereinnahmen hinzuweisen: «An der Marc Rich kleben das Blut, der Schweiss und die Tränen der Dritten Welt.» Eine Woche später, am 21. Dezember, stellte Mosimann den Strafantrag, mich wegen Ehrverletzung gegenüber dem heutigen SVP-Boss Hans Durrer zu einer Busse zu verurteilen.

Wie der Teufel das Weihwasser

1983: In den USA eskaliert der Marc-Rich-Skandal, der auch das helvetische Establishment heimsucht. Der Zuger Filz, vor allem Regierungs- und Nationalrat Georg Stucky (FDP) und alt Bundesrat Hans Hürlimann (CVP), lobbyieren in Bundes-Bern für Rich und gegen die US-Justiz. Da die SAP über viele, auch interne Informationen über die und den Marc Rich verfügt, und da dieser und seine Lobby sich in Schweigen hüllen, haben wir in dieser brisanten Frage eine Art Informationsmonopol, das wir weidlich ausnützen. Ein SAP-Flugblatt mit einem Bild des Glaspalasts führt den Titel: «Die Marc Rich fürchtet die Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser.»

Im Zusammenhang mit einer gemeinderätlichen Interpellation zu Marc Rich verbietet die bürgerliche Mehrheit zuerst dem Fernsehen das Filmen. Nachdem Stadtpräsident Othmar Kamer (CVP) betont hat, dass nicht Marc Rich, sondern ich dem Ansehen Zugs schade, wird mir das Recht verweigert, darauf zu antworten. Kurz zuvor hat Regierungsrat Andreas Iten (FDP) in seiner Tagblatt-Kolumne geschrieben, dass er nicht verste-

he, woher der «Hass der SAP gegen unseren Kanton» komme: «Die wüsten Schimpftiraden eines Josef Lang können nur als Miesmacherei verstanden werden.»

Derweil führt Mosimann seinen staatsanwaltschaftlichen Kreuzzug gegen die Marc-Rich-Kritiker weiter. Wider den von Polizeirichter Robert Bisig (CVP) ausgesprochenen Freispruch legt er Berufung ein. Kurz darauf wird er aber wegen der Marc-Rich-Affäre suspendiert. Gegen mich muss der ausserordentliche Staatsanwalt Walter Suter (CVP) antreten. In der Zuger Justiz geht nicht zuletzt wegen der Marc-Rich-Kritiken der Spruch um: «In dieser Sache darf der Lang nicht ungeschoren wegkommen.» Wegen der Aussage: «Die skandalöse Haltung eines Spekulanten» werde ich zu einer Busse von 200 Franken und zusätzlichen Kosten von 720 Franken verurteilt.

In der Budget-Debatte von 1983 fasse ich den Übergang vom ländlichen ins globale Zug in ein etwas provokatives Bild: «Zug ist ein Tummelplatz der internationalen Wirtschaftskriminalität, ist ein Ort, wo sich nicht mehr Füchse und Hasen, sondern Finanz- Ober- und -Untertwelt 'Guete Nacht' sagen.»

1984: Im Zusammenhang mit dem Rechnungsüberschuss verlange ich in einer Motion, zwei südafrikanischen Gewerkschaften 125'000 Franken zu überweisen als Kompensation für die Steuereinnahmen aus Öl-Umgebungsgeschäften der Marc Rich. Neben der CVP und der FDP lehnt auch die SP den Vorstoss ab. Armin Jans schlägt vor, stattdessen «mehr für die Entwicklungshilfe» zu tun. Damit soll der Zusammenhang zwischen Ausbeutung und Elend, Schuld und Wiedergutmachung gekappt werden. Die Motion wird mit 28 : 2 Stimmen abgelehnt.

Mehr Erfolg ist mir vor Bundesgericht



Markus Frigo (FDP), abgeklebmt.

1989 wird eine SGA/SP-Volksinitiative für die Unvereinbarkeit von Regierungs- und Staatsanwaltschaft mit privaten Verwaltungsmandaten derart knapp abgelehnt, dass sie vom Parlament leicht verändert umgesetzt wird. Georg Stucky verzichtet darauf auf eine erneute Kandidatur und wird nun offiziell Lobbyist für Marc Rich. 1990 erlebt die alternative Linke, nicht zuletzt dank ihrem Engagement gegen Marc Rich, den grossen Durchbruch und erringt 5 (bisher 2) Sitze im Grossen Gemeinderat, 7 (bisher 2) Sitze im Kantonsrat, einen Sitz im Regierungsrat und zusätzliche Sitze in kommunalen Exekutiven.

Waterloo in Ravenswood

1991 bis 1994: Ravenswood führt zu einer Kehrtwende in der Öffentlichkeit und zu einem Umsturz in der Marc Rich selber. 1989 hatte Marc Rich im ärmlichen West Virginia die Ravenswood Aluminium Corporation (RAC) gekauft. Darauf starben im Werk in kurzer Zeit mehr ArbeiterInnen als in den 30 Jahren zuvor an Arbeitsunfällen. Im November 1990 wird die in der United Steel Workers' Association (USWA) organisierte

beschieden. Dessen eindeutiger Freispruch mit saftiger Kostenentschädigung bedeutet für die Zuger Filz-Justiz eine schallende Ohrfeige.

Durchbruch dank Marc Rich

1985: In einer Interpellation frage ich, ob der Stadtrat nach der 325-Jahr-Anklage gegen Rich durch die US-Justiz sein positives Urteil über den Rechtsflüchtling aufrechterhalte. Auf Antrag des Ratspräsidenten Hanspeter Hausheer (SP), der von Peter Bossard (FDP) unterstützt wird, lehnt der Rat mit 28:2 Stimmen Eintreten ab. Mitte Jahr wird eine Motion mit 26:1 abgelehnt, welche u.a. fordert, dass «für jede Firma, die von hier aus an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt ist, die Betreuung von mindestens einem Flüchtling aus der Dritten Welt zu übernehmen» ist. Othmar Romer (SP) verneint einen Zusammenhang zwischen Rohstoffhandel und Flüchtlingsbewegungen und betont ein-

mal mehr die wirtschaftliche Bedeutung von Marc Rich und Co. für Zug.

Im September führt die SAP eine Demonstration gegen Apartheid und die Komplizenschaft des Zuger Finanz- und Handelsplatzes durch. Sie startet vor der Marc Rich und führt an 14 Gebäuden vorbei, die mit Südafrika geschäften. Vor der Minoil AG erfahren die 350 Teilnehmenden, dass die an der Neugasse beheimatete Firma eine Geheimfirma der Marc Rich ist, die auf den Südafrika-Handel spezialisiert sei. Am darauffolgenden 6.11. ist im Handelsregister zu lesen: «Minoil AG in Liquidation.»

1986 bis 1990: Der Marc-Rich-Mann Mosimann tritt endgültig als Staatsanwalt zurück. Im Kantonsrat werden Vorstösse von Madeleine Landolt und Hanspeter Uster (SGA) zu Marc Richs Südafrika-Geschäften und Georg Stuckys Südafrika-Reise von diesem zuerst schnodrig beantwortet und dann wird die Diskussion darüber, auch auf Antrag von

Ein Steinwurf von Bush's Garten

In der ersten Februar-Hälfte wollte Josef Long in den USA auf dem Spuren von Marc Rich. Neben drei Hauptfeldern waren der Besuch von Ravenswood (was in einem vom Zuger Konzern kontrollierten Aktiennetz mit unterhalb Jahren IPOG Aktivitäten ausgegliedert sind) die Solidarität mit der Belegschaft der Ravenswood Aluminium Corporation (RAC) und Bushwachen, die er in Washington, Christianen und New York betrieb. Er beschrieb eine Solidaritätsaktion die Teilnahme an einem Senate-Hearing und zwei konkrete Nachforschungen.

Ein Hearing ist eine öffentliche Anhörung, eine Art öffentliche Verhandlung. Im vorliegenden Fall ging es um den Gesetzes-Vorschlag, dass im Bundesstaat West-Virginia (betrifft in den USA überhaupt Rechte-Finanzlinge wie Marc Rich) keine Geschäftsinteressen dürfen. Die HR-Rechtskommission des 31. Kongress-Senats. Zur Aussage eingeladen waren VertreterInnen der RAC-Belegschaft, der Gemeinde Ravenswood, der Stadt-Gewerkschaft, aber auch der Unternehmensleitung und der Zuger Konzernleitung. Von Zug reichten aber nur ich - als Zeuge der Belegschaft. Mit mir sprachen noch zwei Gewerkschaftsführer, zwei Arbeitervertreter und Marge Flammigan von der Frauen-Unterstützungs-Gruppe. Die Medienbeobachter den ganzen Konflikt sehr ernst: vier Fernseh- und fünf Zeitungen füllten und schrieben mit.

Trotz dem schlechten Erfahrungen mit gewissen Zugern wurde ich vom Vorstandern, dem Demokraten Jim Humphrey, besonders zurückhaltend behandelt. Offensichtlich hat sich herumgesprochen, dass es auch ein anderes Zug gibt. In meinen Aussagen stellte ich das Marc-Rich-

Insprechen vor und erstellte an ein paar Beispielen die Rich-RAC-Genossen (siehe Karte). Eine erste Folgebildung ist die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses des Senats und des Abgeordnetenhauses zur Untersuchung des Arbeitskonfliktes.

Funktionär und Redner

Viele Informationen über die Rich-RAC-Convention sind ich im Archiv der amerikanischen Gewerkschaftszentrale. Das Hauptgesprächsteilnehmer ist die 4-4-4 von Watson Hans, ein guter Redner und Mitglied von Bush's Garten. Neben wichtigsten RednerInnen in der Hauptstadt waren der Gewerkschaftsfunktionär Joe B. Uehlein, zuletzt ein legendärer Bergarbeiter, dessen Sekretär Richard Johnson, der auch in einem Woody-Allyn-Film gute Figur machte, die Lobbyistin Deborah Zeffin, die weltweit das Kapital genau auf der Grenze zwischen harnlosen und gefährlichen Stadtwelt wohnt und der Geheimdienstspion James Horgan, dessen Frau eine bekannte Krankenschwester ist.

In New York, einer Bushwachen Stadt, suchte ich das Time & Life Building im Rockefeller Center auf.

Dort sind unter anderem die Redaktionsräume des Wirtschaftsmagazines Fortune untergebracht. Wer in den USA Nachforschungen über Marc Rich betreibt, der landet auch in Gefängnissen und auf Polizeikontrollen. In New York stand ich aus beruflichen Gründen vor der Qual der Wahl: States-Inland-Pässe, wo ich bei einem ehemaligen Geschäftspartner von Rich angesetzt war oder Federal Pass 38, von wo aus nach Marc Rich gefolgt wird. Weil das Gebäude der Bushwachen viel höher lag, entschied ich mich für die Federal Passhöhe.

James Horgan und Wirtschaftsmagazin Studier

Im Arch über Downtown Manhattan gelegenen Büro wollte ich unter anderem erfahren, warum dieser Wirtschaftszeitung ihren immer wieder unterteilt wie letzten September in Finanzial und ob die Rich auch so gefährlich einschätzen wie die Gewerkschafts- und Medienleute. Die Bushwachen bestätigten mir, dass sie kürzlich in New York auf ihn gewartet hätten, er aber Wind davon bekommen habe. Der Frage, wobei dieser Wind gekommen wäre, wies sie aus. (Jim Horgan verriet die



Ein erfolgreiches Beispiel für die «Globalisierung» von unten war die Solidaritätskampagne mit den streikenden Aluminiumarbeitern von Ravenswood, U.S.A.!

Ausschnitt aus dem SGA-Bulletin Nr. 1 / 92

Belegschaft ausgesperrt und durch Streikbrecher ersetzt. Da Streik, Belagerung der Firma und Boykott von RAC-Produkten nichts bewirken, suchen die USWA und der gewerkschaftliche Dachverband AFL/CIO im Sommer Rat und Tat in Zug. Wir helfen ihnen, den Beweis zu liefern, dass die RAC Rich gehört, was dieser noch bis Anfang 1992 abstritt. Und wir machen sie darauf aufmerksam, dass Rich mit der Regierung Bush einen Deal bezüglich seiner 325 Jahre Gefängnis sucht, dass ein solcher nur möglich sei, wenn Marc Rich kein öffentliches Thema werde und dass Rich deshalb auf öffentlichen Druck sehr verletztlich sei. Die amerikanischen Gewerkschaften setzen nun alles daran, die Medien zu mobilisieren. Die dritte Gewerkschaftsdelegation, die im Januar 1992 nach Zug kommt, wird begleitet von drei grossen Fernsehstationen und wichtigen Zeitungen. Deren Berichte in den USA über Marc Rich, vor allem ein zynisches Interview, das dieser in St. Moritz dem NBC gab, wenden die Kräfteverhältnisse schlagartig. Anfangs Juni 1992 kehren die RAC-ArbeiterInnen nach 19 Monaten als SiegerInnen in ihren Betrieb zurück. Es ist der grösste Erfolg der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung seit Ende der 1970er Jahre.

In Zug führen wir im Laufe von 1991 und 1992 eine Reihe von Aktionen und Veranstaltungen durch, an der sich erstmals die Gewerkschaften und die SP beteiligen. Ebenfalls zum ersten Mal steht die Mehrheit der Bevölkerung in einer Auseinandersetzung um Marc Rich auf unserer Seite. Auf Einladung der Gewerkschaften weile ich im Februar 1992 in den USA, wo ich an Meetings und an einem Hearing des Senats von West Virginia spreche und nebenbei den FBI in New York besuche. Nach der Kapitulation von Marc Rich in Ravenswood gelingt uns ein publizistischer Coup: Über Umwegen erfahren wir am 31. Mai 1992, dass

Marc Rich seine Nummer 2, Willy Strothotte, nach dem Verhandlungsende in Ravenswood entlassen hat. Wir geben dies am Montag den Medien bekannt, noch bevor Marc Rich sein eigenes Personal informiert hat. Die Weltwoche kommentiert: «Eine Peinlichkeit sondergleichen. Die kleine Partei der Linksausens kommt mit Informationen der Firma Marc Rich & Co zuvor, immerhin ein Konzern mit einem jährlichen Umsatz von 45 Milliarden Schweizer Franken und 1300 Mitarbeitern in weltweit 48 Niederlassungen.»

Anfangs 1993 holt Rich Strothotte wieder zurück. Im gleichen Jahr verkauft er diesem und seinen Angestellten die

Mehrheit seines Imperiums. 1994 ändert die Marc Rich ihren Namen in Glencore. Marc Rich hat nach seinem Waterloo in Ravenswood, das ihn wieder in die US-Medien gebracht hat, einsehen müssen, dass sein Comeback in die USA misslungen ist und dass sein Lebenswerk ohne ihn eine bessere Zukunft hat.

2001: Clintons Begnadigung von Marc Rich bringt den Trader und damit unser 21-jähriges Engagement wieder in die Schlagzeilen. Marc Rich verkauft sein zweites, kleineres Imperium an die russische Crown Resources. Aber das ist eine neue Geschichte. Auch sie fordert uns heraus. ■

Antennen,



viele Antennen

Langsam wird einer breiteren Öffentlichkeit bewusst, dass Telefonieren mit dem Handy nicht nur teure Telefonrechnungen nach sich ziehen kann, sondern auch auf Antennen angewiesen ist. Diese Dinger strahlen und es werden immer mehr.

Von Martin Stuber, Informatikverantwortlicher und SGA-Gemeinderat Zug

Die Zahlen sind deutlich: Im Mai 2000 gab es 22 bestehende oder bewilligte Mobilfunkantennen im Kanton Zug, und 13 hängige Projekte warteten auf eine Bewilligung. Kein Jahr später, im Februar dieses Jahres waren es schon 36 bewilligte Anlagen und 18 geplante Antennen. Das ist ein Wachstum von 64% innert 9 Monaten! Der unmittelbare Grund für diesen Schub ist die Vorschrift des Bundes an die drei lizenzierten Mobilfunkbetreiber, dass bis Ende 2001 jede Gesellschaft über ein eigenes Funknetz verfügen muss. Diese «unsinnige Verordnung» (Zitat des freisinnigen Zuger Stadtpräsidenten Luchsinger) ist aber nicht «nur» den heiligen Marktdogmen (Wettbewerb und so...) geschuldet, es steckt mehr dahinter.

Evernet statt Internet

«'Broadband, always on, wireless, everywhere', aus diesen Elementen soll ein allgegenwärtiges Immer-am-Netz ohne die Qual der Einwahl entstehen – und mit ihm eine neue Kommunikationsstruktur, die sich als dritte, nun digitale Natur über das bisherige analoge Gemisch aus biologisch-natürlicher und industriell-urbaner Lebenswelt legt.»*

Unter dem Titel «Die Besteigung des Mount Evernet» beschreibt ein fundierter Hintergrundartikel in c't – der 14-täg-

lich erscheinenden deutschen Informatiker-«Bibel» – die Ablösung des Internet durch das Evernet. Die permanente Vernetzung über Funk mit unvergleichlich höheren Übertragungsraten als heute – so sieht die Zukunft also aus, wenn es nach den Vorstellungen von Silicon Valley gehen soll.

Nun sind schon die neuen Standards für Funkübertragungen (GPRS und vor allem das berühmt-berüchtigte UMTS) für die Datenübertragung geschaffen worden. Auf dem Weg zum Evernet ist das aber nur ein vergleichsweise «schmalbrüstiger» Zwischenschritt. Trotzdem wird die digitale Datenübertragung mit diesen Standards wesentlich höhere Übertragungskapazitäten verbrauchen als heute ein Handy-Telefongespräch.

Es ist also kein Zufall, dass die für UMTS konzipierte Antenne auf der Brauerei in Baar eine dreimal höhere Sendeleistung hat als die stärkste zurzeit bestehende Antenne im Kanton Zug.

Antennen, viele Antennen!

Im Klartext heisst das: die heute bestehenden Antennen sind erst der Anfang! Damit würde in den nächsten Jahren die Grundbelastung mit elektromagnetischer Strahlung für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung massiv ansteigen. Dies zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich schon genügend unbestreitbare empirische Kenntnisse über die schädlichen gesundheitlichen Auswirkungen dieser Strahlung auf das Wohlbefinden und die Gesundheit elektrosensibler Menschen bestehen.

Daraus leiten sich drei Forderungen ab:

- Vorderhand ist auf den Aufbau von drei getrennten Mobilfunknetzen zu verzichten.

- Ein Moratorium beim Antennenbau, bis in einer breit angelegten, auch empirischen Untersuchung die Risiken elektromagnetischer Strahlung definiert sind.

- Funkstandards haben nicht nur technischen Anforderungen zu genügen, sondern auch Rücksicht auf die Erkenntnisse bezüglich Schädlichkeit zu nehmen (z.B. Verzicht auf gepulste Strahlung). ■



Oberwil will keine Antenne

84 Einsprachen, unterzeichnet von rund 400 Oberwilerinnen und Oberwiler verlangen einen Verzicht auf die geplante ORANGE-Antenne auf dem Leimatt-Hochhaus. An einem Podiumsgespräch der «Nachbarschaft Oberwil Gimenen» hatten die beiden Vertreter der ORANGE einen schweren Stand. Oberwil ist bisher frei von Mobilfunkantennen. Bei Redaktionsschluss gab es noch keinen Bewilligungsentscheid des Stadtrates.

* c't Nr. 6 / 2001 S. 158 / 168. Auf dem Internet unter: www.heise.de/ct
Informationen zum Thema auch unter: www.sga-zug.ch/elektrosmog

Kein Pingpong beim Elektrosmog!

Die Regeln und Bedingungen für Leserbriefverfasserinnen und -verfasser sind klar. Verlag und Redaktion können jederzeit Briefe unbegründet ablehnen. Die Abweisung eines Artikels hat aber seinen tieferen Grund und wirft mehr Fragen und Vermutungen auf als dessen Veröffentlichung.

Text und Gestaltung Kurt Jordan

Der Vorteil einer solchen Abweisung scheint für die Zeitungsverleger darin zu bestehen, dass die Leserschaft von solch verkappter Zensur nichts bemerkt. «Zensur», ja nein, - wir sind doch nicht nur in dem Land, wo Milch, Honig und Money am üppigsten fließen, sondern sicher auch im pressefreiheitlichsten Staat dieser Welt. Gewiss, im Vergleich zu vielen Völkergemeinschaften haben wir diesbezüglich echte Vorteile. Also bit-

te nicht klagen, denn es erscheinen ja auch zu heiklen Themen regelmässig Leserbriefe. Auch zum Reizthema «Elektrosmog» gibt es laufend Veröffentlichungen von verschiedenen Autorinnen und Autoren. Trotzdem, was soll das Streichen, Zurück- und Wegstellen harmloser Beiträge? Es tauchen da Fragen auf wie: Sind es Platzgründe, zu langfädige Briefe, unleserliche Manuskripte, zu forsche Sprache, sind die Äusserungen staatsfeindlich oder sonst suspekt? Was ist es, wenn das alles nicht zutrifft? Ist Presse-Redaktion und Inserate-Redaktion doch etwas näher beisammen, als uns das mit dem Wort «unabhängig» gerne suggeriert wird? Würden eingesandte Briefe einfach abgedruckt, kämen solch stechende Fragen und Vermutungen gar nie auf. Um Missbräuchen vorzubeugen, sind sicher gewisse Lenkungen notwendig. Werden aber Leserbriefe von der Chefredaktion mit der Begründung «es seien keine Pingpong-Effekte erwünscht», abgewürgt, bleibt mir der

Atem schon etwas im Hals stecken (siehe illustriertes Beispiel auf dieser Doppelseite). Am Wahrheitsgehalt dieser Begründung zweifle ich allerdings ernsthaft.

Erstaunlich ist wiederum, dass nach meiner eigenen Recherche ein «Neulingsautor» zu diesem Thema gleich zwei kurz hintereinander folgende Manuskriptensendungen ohne Beschneidung platzieren konnte. Sind also meine vorgängigen Aussagen wirklich nur böse Unterstellungen?

Kruzifix nochmals, wie war das aber mit den Pingpongs bei den Superkindern, kürzlich beim Lärm um die Gewürzmühle und eben den Kruzifix & Co. Können solche Hin und Hers bei gewissen Themenbereichen problemlos gewährt werden, weil keine Gefahr besteht, potente Werbekunden zu verärgern? Leider verdichtet sich solcher Verdacht durch ähnliche Erfahrungen bei anderen

In Zug von Foto Grau zu Orange Grau?

Orange Grau? Fusion oder was? Nein! Genz banal, das Zuger Traditionsgeschäft Foto Grau stellt der Firma Orange nur seinen Grund und Dachboden für eine Nadel-Antennenanlage zur Verfügung. Das gegenwärtig geplante Projekt sieht drei GSM-Sender, verteilt auf zwei Masten, und eine Richtfunkanlage im Gigahertzbereich vor.

Aus Netzbetreibersicht muss dieser Citystandort Gold wert sein, denn so nahe an die Bevölkerung kommt man heute nicht mehr so leicht. Was für Anbieter und Nutzer Versorgungsnetz genannt wird, steik aber für die «unge-wollt Mühenutzten» eher ein Verstrahlungsmast dar. Wer nicht gerade auf diese Antennenanlage gewartet hat, muss schon ausgezeichnet beobachten können, damit er die filigranen Profilsäbchen auf dem Hausdach entdeckt. Ausserdem macht nur ein löcherloses «Amisblatt»-Studium auf solche Vorhaben aufmerksam.

Ist es Zufall, dass die Ausschreibung dieses Projekts auf die Festtagszeit angesetzt wird, oder soll das die grosse Wollnachtsüberrechnung sein - sozusagen das Geschenk in letzter Minute? Wie es auch sein mag, im konkret vorliegenden Fall wird die meisten Anwohnern

und Arbeitnehmern in diesem Citygebiet selbst das aufdringliche Geschenk unbemerkt entgehen, denn viele treffen wohl erst am 8. Januar 2001 dort wieder ein. Dann ist die Frist für Einsprachen bereits abgelaufen (3. Januar). Neu für die Einspracheberechtigung, ist laut Bundesgerichtsentscheid vom 28. Oktober 2000 Nr. 1A.194/2000/obl «nicht mehr die Distanz von der Antenne massgebend, sondern wann 0.4 V/m überschritten werden, ist die Betroffenheit gegeben!» Diese Werte können durchaus in weiteren Distanzen auftreten.

Sind Einsprachen aber überhaupt noch legitim? Wer bereit ist, unabhängige Informationen über dieses Thema zu studieren, dem wird deutlich, dass die derzeit herrschenden Grenzwerte zum einen wissenschaftlich nicht haltbar sind und zum anderen nicht den Schutz der Gesundheit garantieren können. Erst recht, wenn sich zeigt, dass Profil höher bewertet wird als die Vollgesundheit. Neu ist aufgedeckt worden, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO - auf welche sich fast alle abstützen - Studien uminterpretiert und vordreht. Auch das Expertengremium ICNIRP, das selbst Grenzwerte festlegt

und worauf sich wiederum die WHO abstützt, ignoriert Studien, die Schäden beweisen.

Dr. Neil Cherry, Lincoln-Universität, Neuseeland, gilt als einer der kompetentesten Kritiker der ICNIRP. Er sagte an einer kürzlich in Salzburg abgehaltenen internationalen Konferenz unter anderem: «Öffentliche Gesundheitsstudien sollten genutzt werden, um Standards zu setzen. ICNIRP hat eine vorgefertigte Idee, die nur thermische Wirkungen der Mobilfunkstrahlung einbezieht. Um das Wirkungsspektrum von elektromagnetischen Feldern zu verstehen, muss man jedoch die grundsätzlichen biologischen Prinzipien beachten. Gehirn, Herz und Zellen benutzen elektromagnetische Signale, aufgeladene Ionen, spannungsgeladene Ionenkanäle usw. für ihre Regulierung, Kontrolle und andere Prozesse. All das kann durch äussere elektromagnetische Felder beeinflusst werden, was sich entsprechend auf die Gesundheit auswirkt.» Und weiter zu den Grenzwerten: «Ich glaube, dass der Grenzwert bei maximal 0,1 mW/m² liegen sollte.» Der von ICNIRP empfohlene liegt für 1800 MHz (Orange) bei 9000 mW/m² (<www.ecan.govt.nz, Dr. N. Cherry>).

1. Veröffentlichter Leserbrief

Erstaunliches verlautet inzwischen auch aus dem Baco: Für das Funktionieren des Netzes muss wirun lediglich Leitungstärken um das Zehnfache niedriger sein. Wie lange lassen wir also die riskoreichen, völlig unnötig starken Bestrahlungskaulen noch auf Kurzschichtigkeit liess: sich im Hause Grau zwar korrigieren - ich lasse mir auf jeden Fall meine Vorsichtigkeit dort nicht korrigieren, es könnte ja vielleicht auch Weitsichtigkeit sein. Und klare Schilderungen gibt es auch bei antennenlosen Optikern.

Internetadresse:
<www.e-smog.ch> / <www.buerger-welle> / <www.geobiologie.ch> / IVES Zug
KURT JORDAN, ZUG

LESER BRIEFE

Leserbriefe sind willkommen. Doch wir haben eine Bitte: Fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe und Beiträge veröffentlicht werden können. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge ohne Rücksprache zu kürzen. Hier die genaue Adresse: Redaktion Neus ZZ, Leserbriefe, Bundesplatz 14, 6301 Zug.

2. Ermöglichtes Ping von Daniel Gruber. Er ist Antenneningenieur bei der Firma ORANGE.

FORUM

Weitsichtigkeit beim Mobilfunk

«In Zug von Foto Grau zu Orange Grau», Leserbrief vom
28. Dezember

Mir als aktivem Mobilfunknutzer stösst der Leserbrief von Kurt Jordan. Zug, zum Thema Mobilfunk wie auch weitere Artikel, die in letzter Zeit in der «Neuen Zuger Zeitung» veröffentlicht wurden, schon ein bisschen sauer auf. Sauer deshalb, weil die Mehrheit der Zuger Bevölkerung mobil kommunizieren will, aber ohne die dazu benötigten Mobilfunkantennen. Geht denn das? Wohl kaum.

Das perfiide dieses Leserbriefes ist Folgendes: Es wird fast dazu aufgefordert, sich die Bestätigung für die Behauptungen von Herrn Jordan auf den angegebenen Webpages zu besorgen. Wer hat sich schon Gedanken gemacht, wie stark das elektromagnetische Feld um seinen Computer ist? Wie vielen V/m man sich aussetzt, wenn man vor dem Bildschirm sitzt und die gewünschten Informationen zu diesem Thema vom Netz herunterlädt? Kein Problem, denkt man sich, dann höre ich eben Radio oder sehe fern, um mich auf dem Laufenden zu halten. Weit gefehlt, wenn man glaubt, den von Herrn Jordan gewünschten Grenzwert von 0,1 mW/m² einhalten zu können.

Ist es weiter nicht verblüffend, dass die grossen Elektromogverursacher (Radio, TV) gegen ihr eigenes Ausbreitungsprinzip Stimmung machen? Wer hat sich schon Gedanken gemacht, wie stark zum Beispiel der Sender auf der Rigi strahlt? Aber man soll darauf achten, sich diese Gedanken nicht auf dem Perron eines Bahnhofes oder im Zug zu machen, weil man sich auch dort womöglich einer erhöhten Strahlenbelastung aussetzt. Etwa schon das elektromagnetische Feld um die Fahrleitungen vergessen?

Mir als Mobilfunknutzer reicht es, wenn die von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) festgelegten und vom Bund um den Faktor 10 verschärften Grenzwerte eingehalten werden. Wem das nicht reichen sollte, soll doch bitte zuerst den Radiowecker vom Nachttisch, den Fernseher aus dem Wohnzimmer und den Computermonitor vom Arbeitsplatz entfernen. Und wenn wir schon dabei sind, verstauen wir doch bitte auch gleich die elektrische Heizdecke, die zwar schön wärmt, aber auch ein elektromagnetisches Feld von zirka 2500 V/m erzeugt. Schockiert?

Wie auch immer. Das Traurigste am ganzen Leserbrief kommt erst zum Schluss. Dort wird zwischen den Zeilen ganz unverblümt dazu aufgefordert, das erwähnte Optikergeschäft bei Einkäufen nicht mehr zu berücksichtigen. Ich für meinen Teil werde mich diesem Boykottaufruf widersetzen und möchte der Familie Grau an dieser Stelle für ihren Weitblick danken, eine seit Jahren bewährte Technologie aktiv zu unterstützen, nicht zuletzt auch unseres Wirtschaftsstandortes wegen.

DANIEL GRUBER, BAAR

E-Smog-Leserbriefen. So schrieb ich ins Leere, als ich ergänzende Informationen forderte zu einem publizierten medizinischen Ratgebertext, der grob gesagt «nur Stromschläge» als problematische Negativbeeinflussung durch E-Smog auf unseren Organismus für möglich hielt! Neuere Forschungsarbeiten zeigen dazu ein ganz anderes Bild, vor allem bezüglich der niederfrequent gepulsten GSM und DECT-Technik. Ebenfalls unberücksichtigt blieb mein Forumstext bei der NZZ, der auf einen Anlass in Menzingen hinwies und die Abstinenz der Presse beklagte. Dieser Podiums-/Vortragsabend war immerhin mit gut 250 Besuchern belegt und im Zentrum standen gesundheitliche Aspekte der Natelerie. Hauptreferent war Wulf Dieter Rose von der Internationalen Gesellschaft für Elektromogforschung. In beiden Zuger Blättern war darüber kein Wort zu finden, dafür seitenweise Fasnachtsbildli. Übrigens: W.D. Rose darf nach einem kürzlich zweitinstanzlich gestützten Gerichtsurteil weiterhin behaupten: «Mobilfunk ist gesundheitsschädlich und erbgut-schädigend».

Eigenartigerweise streicht mir die ZP-Redaktion beim Foto Grau Text fast alles heraus, was ich zum Antennen-Standortgeber Grau äussere. Ist bei diesem Blatt die (Un)abhängigkeit von regionalen Inseratenkunden grösser? Nach der peinlichen E-Smog-Sektengeschichte bietet diese Zeitung nun die moderne Lösung des Beiseitelegens an. «Unwichtige» oder unliebsame Leserbriefe werden jetzt in die Internet-Forums-Seite der ZP abgespeichert. Dort bin ich auch mit meiner aktuellen Ausschreibungsmeldung über die projektierte Orange-Antenne in Oberwil und dem geplanten Stan-

dort bei der St. Michaelskirche gelandet. Die Information missglückte so natürlich, denn die Leser sollten davon Kenntnis bekommen, bevor sie in die Winterferien abreisten. Auch die «Neue ZZ» brachte diese «News» mit dreizehntägiger Verzögerung.

Dass das gängige Auswahl- und Ablehnungsverfahren nicht nur bei mir angewendet wird, ist naheliegend. Dies bestätigt jedenfalls ein mir bekannter Leserbriefautor. Manuskripte mit pikanten Studienaussagen über die Beziehung Mobilfunk und Krebsrisiko bleiben einfach in der Redaktionsschublade liegen. ■

3. Unterbundesenes Pong; die nicht veröffentlichte Antwort

Weitsichtigkeit beim Mobilfunk?

Leserbrief vom 30.12.00

Wer Leserbriefe veröffentlicht mit dem Thema Elektromog, muss damit rechnen, dass er «vernudelt» wird. Deswegen könnte ich eigentlich die Darstellungen und die persönlichen Angriffe von Daniel Gruber so stehen lassen. Jedoch möchte ich mit meinem Gegenbericht die Gelegenheit benutzen, Herrn Gruber für seine Hinweise und Ergänzungen zusätzlich möglicher Elektromogquellen danken. Diese Quellen sind tatsächlich vielfältig in verschiedenen Frequenzen und Stärken in unserem Alltag vorhanden, ohne dass grosse Besorgnis herrscht. Mehr Informations- und Handlungsbereitschaft auch in diesen meist niederfrequenten Formen, wäre längst angebracht. Wer mich persönlich kennt und mit mir schon über Elektrobiologie gesprochen hat, weiss, dass ich die anderen Feldeinwirkungen nicht ausschliesse. Trotzdem – im Zentrum meines Anliegens steht nicht die Vollständigkeit des E-Smog-Phänomens sondern die jetzt geplante Natelantenne auf dem Haus Foto Grau und nicht die vielleicht sporadisch eingesetzten niederfrequenten „Brutalos“ wie Haarlos, Elektroschrauber etc. Vergleiche, die niederfrequent gepulste Mobilfunktechnik mit Computermonitoren, Radioweckern und im schlimmsten Fall normalen Glühbirnen gleichsetzen, sind nicht zulässig. Massive Unterschiede bestehen nicht nur wegen der zusätzlichen Pulsfrequenz (217 – 1736 Hertz) sondern auch in der permanenten Ausstrahlung einer Antennenanlage. Zudem können wir bei vielen E-Smog-Verursachern bei der Gerätewahl und in der Umgangsweise mitbestimmen, wie hoch wir die Belastung zulassen wollen. Selbst ein Handy hat einen ein/aus Schalter. So kann durchaus auch eine mitverursachende Natelbesitzerin, ohne allzu schlechtes Gewissen, gegen eine GSM-Antennenanlage eintreten. Oder muss jemand, der eine stromfressende Waschmaschine betreibt, den Mund halten, wenn ihm eine Hochspannungsleitung vors Haus gesetzt wird, die ebenfalls kein ein/aus Schalter besitzt. Darum, wenn einer dieser Ewigstörer einmal steht, dann braucht es Einiges, bis dieser dann wieder entschärft wird, denn die Betreiber sind durch die vorgegebenen Grenzwerte rechtlich geschützt. Setzt sich also Niemand mehr zur Wehr, bleiben uns diese Grenzvorgaben erhalten. Wenn Herrn Gruber diese Grenzwerte genügen, empfehle ich ihm dringend einmal Kontakt aufzunehmen mit Menschen, die sich dadurch alles andere als geschützt fühlen. Im Weiteren heisst, sich zur Wehr setzen, weder technikfeindlich noch wirtschaftsfeindlich zu sein. Innovationen wachsen schliesslich oft aus neuen Fragestellungen. Wäre dies nicht so, würden wir um nur ein Beispiel herauszugreifen, immer noch vor massiv strahlenden Monitoren sitzen. Die laufend verschärfte TCO-Norm, die heute viele Monitorproduzenten anwenden, hat die Bildschirme nicht ausgerottet sondern etwas verträglicher gemacht – da geschieht auch wirtschaftlich etwas! Stellen Sie sich vor, wie viele wirtschaftliche Leistungen, insbesondere im Bereich Lebensschule noch erbracht werden können, bis wir freiwillig ohne Verlustgefühle auf den Blabla verzichten, den wir gegenwärtig in riskanter Art durch den Äther schicken und parallel dazu die mitweltverträgliche Technik für drahtlose Übermittlungen entwickelt haben. Vielleicht wehrend – aber glaubt jemand, es könne sich eine stabile langfristig gesunde Volkswirtschaft etablieren, die vorwiegend auf Schadenerzeugung/Schadenbehebung beruht?

Kurt Jordan Zug

Schulentwicklung zwangsläufig als Krise?

In regelmässigen Abständen sehen wir uns im Kanton Zug mit Schulkrisen auf Gemeindeebene konfrontiert. Jüngstes Beispiel ist Unterägeri. Die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei derartigen Prozessen ist berechtigt.

Von Gerhard Schmid

Bilder G. Schmid

Die Schule von heute steht unter hohem Anpassungsdruck. Unter dem Titel «Schulreformen noch und noch: Und wie gehts dem Personal?» haben wir vor einem Jahr an dieser Stelle einer besorgten Lehrerstimme Raum gegeben. Diesmal macht sich ein Aussenstehender Gedanken darüber, ob es im Falle eskalierender Spannungen an Zuger Schulen bei aller Verschiedenheit so etwas wie systembedingte «Wachstumsförderer» gibt, welche den Konflikt zusätzlich anheizen.

Steinhausen und Hünenberg z.B.

Als Abweichung vom üblichen Muster erscheint im Rückblick die bewegte Zeit vor einigen Jahren in Steinhausen. Dort kam der kritische Impuls von aussen, indem mutige Eltern sich den Minimalismus gewisser Lehrpersonen nicht länger gefallen liessen. Die Behörden reagierten entschlossen und geschickt: Neben personellen und strukturellen Änderungen gab es auch fachkompetente Beratung für die Unterrichtspraxis, u.a. durch einen Didaktiklehrer aus Zürich.

Nicht so in Hünenberg, wo die Krise inzwischen zwar auch überwunden ist. Dort war ein mittelmässiger Schulmann aus den eigenen Reihen dank CVP-Parteibuch ins Rektorenamt gehievt worden. Dieser anspruchsvollen Aufgabe war der Ernannte aber offenbar nicht gewachsen.

Die Verantwortlichen lösten das Dilemma nach langem Hin und Her mit einer (geglückten) Neubesetzung der Stelle und dem vergoldeten Abgang des Überforderten in die Frühpensionierung.

Knatsch im Enetsee

Ähnliches, aber mit ungleich grösseren Verwerfungen spielte sich in Risch bzw. Rotkreuz ab. Dort hatte der Rektor mit seinem intriganten und autoritären Führungsstil über Jahre hinweg fast die ganze Lehrerschaft gegen sich aufgebracht. Die Spannung entlud sich schliesslich im Rahmen einer Interpellation an der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 1997, wo der Schulpräsident (CVP) eine denkbar schlechte Figur machte und in der Folge um einen Dikasterienwechsel nicht herumkam.

Inmitten des denkwürdigen Abends brachte es ein Votant auf den Punkt: «Ist sich der Gemeinderat eigentlich bewusst, welche Energien in diesem Dauerkonflikt absorbiert werden, die dann in der Arbeit mit den Schulklassen fehlen? Wir leisten uns hier für teures Geld eine Kaderperson, die mehr an unserer Schule kaputtmacht als aufbaut...» Pikanterweise quittierte der (CVP)-Gemeindepräsident das nüchterne Votum mit dem Satz: «Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen.»

In der Folge bemühten sich engagierte Kreise mit folgenden Vorschlägen um einen optimalen Ausweg aus der verfahrenen Situation: Laufbahnberatung und neue Aufgabenzuweisung für den bisherigen Rektor, interimistische Schulleitung mit dem Ziel, innert eines Jahres unter Mitwirkung der Basis eine neue Schulleitungsstruktur aufzubauen und fachkompetente Schulentwicklung zu leisten in Form von didaktischen Begleitofferten für die Lehrerschaft.

So etwas lag natürlich nicht auf der CVP-Linie. Wenn schon ihr Schulpräsident halbwegs dran glauben musste, galt

es, den umstrittenen Rektor um jeden Preis zu halten, und zwar bis heute. Man leistete sich – vermutlich mit bildungsdi-rektorialer Schubkraft – einen hochbezahlten externen Berater aus der C-Familie, einen Seminarkollegen des Rektors, und löste die Krise von oben: Schaffung eines Schulsekretariats und Berufung eines Konrektors, der heute die zentralen Schulleitungsfunktionen erfüllt, sowie Entwicklung eines Schulleitbildes durch die Schulkommission. Die Lage hat sich heute zwar beruhigt, aber nicht ohne bitteren Nachgeschmack, sitzt doch der an Personalführungs- und Schulentwicklungsanforderungen gescheiterte Mann derzeit u.a. in der kantonalen Kommission für das lohnwirksame Qualifikationssystem der Lehrerschaft, ein Affront sondergleichen seitens der Bildungs-direktion.

Die Rolle der obersten Schulbehörde

In der Bildungsdirektion scheint man sich darauf spezialisiert zu haben, CVP-Parteigänger aus der Schusslinie zu nehmen und/oder mit begehrten Pöstchen zu betrauen. Nach dem gleichen Muster scheinen Berufungen der sogenannten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen abzulaufen, und wenn dann im Falle von Schwierigkeiten auf Gemeindeebene echte Fachleute gefragt wären, verschanzen sich die übergeordneten Bildungsverantwortlichen hinter dem Argument, der Kanton mische sich nicht in Gemeindeangelegenheiten ein (hinter den Kulissen natürlich schon, aber weniger in fachlicher denn in parteipolitischer Hinsicht). Management by Parteibuch statt Führung durch Fachkompetenz: Die Zuger Schule hätte etwas Besseres verdient!

In dieses Bild passt auch der Auftritt unseres Bildungsdirektors vor einem Jahr an einem Podiumsgespräch in Zug, wo er neben reformpolitischen Schwergewichten wie Ernst Buschor und Willy



Zuger Lehrkräfte sollten wissen, woher der Wind weht

Stadelmann ein eigenständiges Profil vermissen liess. Der «autonome» Nachvollzug von pädagogischen Neuerungen aus anderen Kantonen ist in einem kleinen Kanton wie Zug sicher legitim, aber dass dies ohne koordinierende Gesamtplanung abläuft, bedeutet eine Zumutung für Lehrer - und Schülerschaft.

Lehrerteams und Schulstuben (immer noch) geleistet wird! Trotzdem sei die Frage erlaubt, wie lange sich Zugs Schulentwicklung noch so viel politischen Sand im Getriebe leisten will und kann. ■

Jüngste Turbulenzen: Unterägeri

Die Krise in Unterägeri erscheint als Pendant zu den Vorfällen in Risch, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Ein vielversprechendes Schulentwicklungsmodell hatte offenbar keine Chance, weil politisch einflussreiche Betroffene (aus der Lehrerschaft) sich mit den Neuerungen nicht anfreunden konnten. Möglicherweise waren sich Schulleitung, Behörden und Lehrpersonen zu wenig bewusst, dass der Wechsel von einer steilen zu einer flachen Führungshierarchie hohe Anforderungen stellt, indem alle Beteiligten in den Bereichen Mitwirkung, Gesamtverantwortung, Transparenz und Zusammenarbeit ungleich stärker gefordert sind. Auftretenden Schwierigkeiten müsste rechtzeitig mit offener Diskussion und «Tempoanpassung» begegnet werden.

Bei so vielen Ungereimtheiten ist es doch erstaunlich festzustellen, wie viel gute bis hervorragende Arbeit in Zuger



Ort, wo die Chance vertan wurde, ein für Zug wegweisendes Schulleitungsmodell zu entwickeln

Das Geheimnis hinter der «Erika»



Nachdem wir im BULLETIN Nr. 3/2000 über die Verfilzung des Hünenberger Treuhänders Peter Bucheli mit der Ölpest-Tankeraffäre «Erika» berichtet hatten, werfen die Untersuchungs-ergebnisse der Strafverfolgungsbehörden in Paris ganz neue Fragen auf: Verwaltet eine einzige Treuhandstruktur mehrere Ölkatastrophen?

**Von Paolo Fusi
Bild Screenshot, Arte TV**

Im Februar ist der Hünenberger Treuhänder Peter Bucheli aus dem Verwaltungsrat der Amarship AG ausgestiegen und die Firma nach Lugano/Paradiso verlegt worden. Damit ist er aber nicht aus dem Schneider. Denn die Strafermittlungen über die Verantwortung an der Ölkatastrophe vor der französische Küste vom Dezember 1999 haben eine aufsehenerregende Wende genommen.

Auf der Suche nach dem tatsächlichen Eigentümer des mit 30'000 Tonnen Ölresten versunkenen Schiffes «Erika» hat die Staatsanwaltschaft von Paris eine Struktur entdeckt, die weit über den Fall der «Erika» hinaus neues Licht auf die gehäuften Öltankerunfälle der letzten Jahre werfen könnte. Eine Struktur zudem, über die Peter Bucheli wahrscheinlich mehr wusste. Dieser Ansicht ist die Pariser Staatsanwältin Dominique de Talensé: «Diese Struktur dient dazu, billig gekaufte und überalterte Tanker zu Billigstpreisen anzubieten und dabei die Verantwortlichkeiten so geschickt zu tarnen, dass am Schluss für die verheerenden Folgen eines Unfalls niemand mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann».

Gerade im Fall der «Erika» hat die Staatsanwaltschaft von Paris über ein Jahr gebraucht, um festzustellen, dass

sämtliche Vertragspartner, welche die letzte, schicksalhafte Reise des Öltankers veranlasst haben, nur treuhänderische Vorposten eines bislang noch nicht identifizierten Konzerns sind. Sämtliche Spuren verwischen sich in Monrovia (Liberia), denn dort befinden sich die Briefkastenfirmen (etwa die Agosta Ltd), welche sowohl die Aktien der Firmen halten, die für die Fracht der «Erika» zuständig waren, als auch die Aktien jener Firmen, welche die Eigentumverhältnisse des Schiffes tarnten.

Durch die Einvernahme der Tessiner Verantwortlichen der Amarship AG Paradiso - Mauro Clemente und Alessandro Ducci - ist es der Staatsanwaltschaft von Paris gelungen, zwei Zentren dieser Struktur zu finden: das Treuhandbüro Morgan & Morgan in Panama und die Anwaltskanzlei Camilleri in La Valletta (Malta). Diese letztere verwaltet viele gefährliche Billig-Schiffe, die jeweils im Mantel einer kleinen maltesische Briefkastenfirma untergebracht werden. Das Schiff wird von dieser Firma treuhänderisch gehalten, die Verwaltung liegt bei der Anwaltskanzlei und das minimale Aktienkapital ist das Einzige, was die Justiz im Fall einer Katastrophe einfordern kann.

Die Verwaltung der Frachten liegt beim Morymor Trust in Panama bzw. bei der verwaltenden Treuhandgesellschaft Morgan & Morgan. Diese verteilt die gefährlichen Transporte an die unterschiedlichen Firmen. Weitere Vermittlungsfirmen wickeln den notwendigen Papierkrieg ab. Im Fall der «Erika» waren das die Panship Srl Ravenna und die schweizerische Amarship AG. Auch diese Firmen verfügen nur über ein sehr kleines Aktienkapital und können keine Entschädigung für Unfälle leisten.

Morymor Trust

Wer hat diese Struktur aufgebaut und wer verbirgt sich dahinter? Die französi-

sche Justiz gibt darüber keinerlei Auskunft. Ein Sprecher bestätigt die Existenz des Morymor Trust als Konstrukt, durch welches verschiedene Konzerne an dieser Struktur beteiligt sind, unter anderem mehr als ein halbes Dutzend aus Zug. Wahrscheinlich gehörte auch die Amarship dazu, in der Bucheli über Einzelunterschrift verfügte.

Ein Trust ist keine echte Firma, sondern ein Kooperationsvertrag zwischen Firmen. Es gibt keinen Verwaltungsrat und kein Kapital, sondern nur ein Statut und einen Zweck, der einige Gesellschaften für eine begrenzte Zeit in einem begrenzten Bereich verbindet.

Etwas kann aber doch mit Sicherheit gesagt werden: Morgan & Morgan ist auch jene Gesellschaft, welche die Verteilung der Bestechungsgelder für die Gruppe TotalFina bei anderen Gelegenheiten besorgte, zum Beispiel bei der Übernahme der Tankstellenkette Minol in Ostdeutschland. Ausserdem ist Morgan & Morgan auch jene Gesellschaft, welche in den 90er-Jahren die illegale Kasse der ENEL verwaltete.

Was hat das mit der «Erika» zu tun? TotalFina verkaufte die Fracht der «Erika» an die ENEL-Filiale im sizilianischen Milazzo. Die Vermutung, dass die Amarship und weitere Zuger Gesellschaften als Tarnung dazu dienen, um den finanziellen Konsequenzen bei allfälligen Schiffsunglücken zu entgehen, liegt auf der Hand.

Die Staatsanwaltschaft von Paris prüft in Moment noch drei weitere Ölkatastrophen, die sich nach dem Unfall der «Erika» ereignet haben. Im Gegensatz zur Affäre «Erika» sind in diesen Fällen noch keine Rechtshilfesuche nach Zug eingeleitet worden. «Für uns war schon erstaunlich genug, wie die Zuger Behörden es geschafft haben, um ein Verhör mit Bucheli herumzukommen.»

Und Bucheli schweigt. Wie lange noch? ■

Buch

Der Stapel neben anderen Betten

Gisela Hürlimann

Leider, liebe Stapelgeschichten-Süchtige, waren sowohl Ula wie Charlotte verhindert. Es heisst deshalb, für einmal auf gluschtige Häppchen aus dem Genre der höheren Belletristik zu verzichten und sich mit dem harten Brot der politischen Sachliteratur zu begnügen. Für Kontinuität ist allerdings gesorgt: Ging es in einem von Ula letztes Mal vorgestellten Buch ums argentinische Folterregime, so stelle ich euch mit "Apartheid-Connections 1 und 2" zwei Broschüren vor, welche die Hinterlassenschaft diktatorischer Regimes in Gestalt von monetär Verschuldeten und moralisch Schuldigen beleuchten. Der Band: "Diskrete Diplomatie als Alibi" erweist jenen kirchlichen und Entwicklungshilfe-Kreisen Referenz, die sich 25 Jahre lang für eine humanitäre schweizerische Südafrika-Politik engagierten, während die offizielle Schweiz die Lebensdauer der Apartheid-Regierung verlängern half. In zehn Beiträgen werden Briefwechsel zwischen Anti-Apartheid-Bewegten und dem Aussenministerium zitiert. Die beliebig auf andere Abschnitte der schweizerischen Geschichte anwendbare Formulierung der hiesigen Strategie zur Überwindung eines Unrechtsregimes aus der Feder von Bundesrat Aubert lautete: "...que les meilleurs résultats sont en général atteints lorsque l'on fait preuve d'une certaine discrétion." Wiederholt enthielt sich die Schweiz in

Fällen von Menschenrechtsverletzungen des Protestes und erlaubte stattdessen den Export der ach so zivilen Militärflugzeuge Pilatus Porter PC-7. Noch 1993, als Südafrika am Vorabend entweder einer demokratischen Wende oder eines Bürgerkrieges stand, erteilte der Bundesrat den Stanser Flugzeugbauern eine Exportrisikogarantie. Wofür wären die PC-7 wohl gebraucht worden, wenn es zum Krieg gekommen wäre ?!

"Es kommt vor, dass irgendwelche Gauner von Banken Kredite erhalten", beginnt die zweite Broschüre mit dem Titel: "Odious Debts". Es sind in den sechs Aufsätzen von internationalen AutorInnen allerdings nicht gewöhnliche Gauner gemeint, sondern die früheren Regimes von Südafrika, Nigeria, Argentinien, Indonesien und den Philippinen. Diese Länder gerieten wie viele andere des Südens in den 1980er Jahren in eine Schuldenspirale, welche wesentlich private Investoren des Nordens verschuldet hatten. Korrupten Machthabern konnten sie fragwürdige Grossprojekte verkaufen, wodurch sich diese sinnlos verschuldeten. Als die Schuldzinsen nicht mehr zurückbezahlt werden konnten, gewährte der Währungsfonds Kredite zum Preis der berüchtigten Strukturanpassungsprogramme. Die durch Fehlinvestitionen, Korruption und die Finanzierung eines Repressionsapparates entstandenen Schulden wurden also nationalisiert, während die Verantwortlichen sich der Haftung entzogen. Angeführt durch Südafrika wei-



sen heute mehrere Länder, die in den 90er Jahren ihre Diktatoren stürzten, die Anerkennung der Schuldhinterlassenschaft von sich. Sie stützen sich dabei auf das völkerrechtliche Konzept der verabscheuungswürdigen Schulden. Das Odious-Debts-Prinzip sieht vor, dass Nachfolgeregierungen für hinterlassene Staatsschulden dann nicht haften, wenn die Kredite, die zur Verschuldung führten, der Repression oder der persönlichen Bereicherung dienten. In der Schweiz geht es darum, das auf dem hiesigen Finanzplatz gehortete Fluchtkapital ehemaliger Diktatoren der Bevölkerung zurückzugeben, wie das endlich geschieht, und sich international für die Schuldentilgung zu engagieren. Und schliesslich hat eine humanitäre Aussenpolitik dafür zu sorgen, dass sie nicht weiter Schuld anhäuft, indem sie umstrittene Grossprojekte der Exportindustrie mitfinanziert.

Literaturangaben:

Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika / Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika (Hg.): Apartheid-Connections 1 – Diskrete Di-



plomatie als Alibi: Die Schweizer Aussenpolitik gegenüber der Apartheid – ZeitzeugInnen erinnern sich. Zürich, Oktober 2000.

Aktion Finanzplatz Schweiz, Amanda Weibel / Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika (Hg.): Apartheid-Connections 2 – Odious Debts: Hinterlassenschaften der Diktatoren. Zürich, Oktober 2000.

Sein Rohstoff-Budeli verkauft hat Marc Rich. An neue reiche Russen.

Vielleicht ist die Sache mit dem Frühenglisch in den Zuger Schulen etwas verfrüht. Wir schlagen stattdessen Frührussisch vor - damit unsere zukünftige lokale Wirtschaftselite dereinst die Briefkasten richtig anschreiben kann.

Aber vielleicht interveniert vorher noch unser Multiverwaltungsrat-Kantonsrat Leonid Granziol. Nachdem er erfolgreich die Abschaffung des öffentlichen Steuerregisters hat durchsetzen helfen, wird er als nächsten Schritt die Anschreibepflicht der Briefkasten von Wirtschaftsanwälten und Treuhändern abschaffen wollen.



Voller Stolz anschreiben lässt RR Flachsmann die sechs neuen Geschäftsautos seiner Baudirektion: «MOBILITY» steht da drauf und das bringt ihm eine Gratulation unsererseits ein. Wenn nun beim Baudirektor auch noch die Einsicht reift, dass mit flächendeckendem Einsatz von MOBILITY der Verkehr massiv reduziert werden kann und neue Strassen überflüssig sind, werden wir eine Gratulations-Sondernummer des BULLETINS produzieren.

Zwei unerwartete Gratulationen konnte SGA-Gemeinderat Martin Stuber nach dem Antennen-Podium der Nachbarschaft Oberwil Gimenen entgegennehmen. Die Frau des Zuger Stadpräsidenten mochte gar nicht mehr aufhören mit begeistertem Händeschütteln und ein Vertreter von ORANGE meinte, mit so einem harten Brocken sei er auf einem Podium noch nie konfrontiert gewesen.

Kein harter, aber ein schwerer Brocken ist der SVP-Kantonsrat Karl Betschart. Wenn er nicht gerade an Leserbriefdurchfall leidet, amtet der Treuhänder und gemäss Steuerausweis Nullvermögende auch noch als SVP-Fraktionsvorsitzender. Während in seinen Leserbriefen die CVP keine bürgerliche Partei mehr ist, investierte Betschart sein ganzes literarisches Arsenal in die Laudatio auf den CVP-Regierungsrat und scheidenden Landammann Walter Suter - und packte bei dieser Gelegenheit die ganz grosse Zunge aus.

Dabei brachte Betschart ganz ungewollt auf den Punkt, was die Zuger Lehrerschaft doch seit langem so peinigt. Originalzitat Betschart: «Wer ist er denn überhaupt, unser Walter Suter. Eigentlich ist er das, was er schon immer war: Ein Bauernsohn, auf der Scholle gross geworden und ihr stets verbunden geblieben. Ein Bauernsohn, der seine erfrischende und gesellige Art trotz Karriere nie verloren und vor allem nie verleugnet hat. (...) Er hört auf das Volk, er spricht zum Volk und das Volk versteht ihn!»

Und falls es der Kanton der einst doch noch schaffen sollte, die Protokolle des Kantonsrates auf das Internet zu bringen – wir sind und bleiben unverbesserliche Optimisten! – dann sei hier zuhänden der Geschichtsschreibung der Zitatnachweis geliefert: 33. Sitzung des Zuger Kantonsrates vom Donnerstag, 21. Dezember 2000, S. 1170 – 1172.

Aus dem literarischen Arsenal des Bulletin bediente sich unlängst das Grüne Bündnis Luzern in seinem Rundbrief, als es einen ganzen «Frontal»-Abschnitt über die SP-Performance in Bundesbern in toto übernahm.

Wir fühlen uns natürlich gebauchpinselt ob dieser unerwartet prompten Form der Zusammenarbeit zwischen GB und SGA, nachdem beide Gruppen anfangs Januar eine engere politische Zusammenarbeit vereinbart haben. Ein Quellenverweis hätte zwar nicht geschadet, aber böse sein können wir nicht. Mit seinen beiden Initiativen für mehr Fairness bei Einbürgerungen zeigt das GrüBü nämlich politischen

Mut – nachahmenswert! (mehr darüber im nächsten Bulletin).

«Statt der Zigi ein SMS» – die Präventionskampagne Emox möchte seit dem Februar jugendlichen Rauchern helfen, weg vom blauen Dunst zu kommen. Der Slogan kam leider zwei Monate zu spät für unseren Nationalratspräsidenten.

Recht haben und Recht bekommen sind halt zwei völlig verschiedene Dinge. Ersteres hatte Alt-Nationalrat Armin Jans nämlich bei seiner Verhinderungs-Stimmabgabe in den vorletzten Bundesratswahlen. Zu Letzterem verhalf ihm dann noch ums Haar der Hess-BATman-Skandal, wenn seine GenossInnen in Bern nicht auch diesen Penalty ausgelassen hätten. So schlecht spielen nicht einmal die Schweizer Tschütteler...

Was vom EVZ leider gar nicht behauptet werden kann. Jetzt möchte der ehemalige FDP-Gemeinderat Roland Stärkle das Ruder der Zuger Sport-Titanic übernehmen. Unser Börsentipp: EVZ-Aktien verkaufen.

Keine Aktien zu kaufen gibt es leider von der SGA – die hat laut Neuer Zuger Zeitung nämlich das grösste Budget aller Kantonalparteien im Kanton Zug! Dass die kantonale SGA, die SGA Stadt Zug und die SGA Baar im Gegensatz zu allen anderen Parteien ein gemeinsames Budget haben, entging dem zuständigen Neue ZZ-Redaktor alderdings.

Dass das Geld bei allen anderen Parteien in den gemeindlichen Parteisektionen liegt, davon weiss z.B. die kantonale SP respektive deren umtriebiger Geschäftsführer ein Lied zu singen. Die Noten zum Lied schreibt die Stadtzuger SP, die fast ein bisschen im Geld schwimmt. In einem Anfall von überbordender Grosszügigkeit warf sie deshalb im Rechnungsjahr 2000 einen einmaligen Beitrag von 1'500 Franken zur Abgeltung des kantonalen Geschäftsleiters auf. Der vertritt die «working poors» in der SP.

Eine ganz besondere Beziehung zum Geld hat auch die Finanzchefin von Menzingen. Unterstützungsgesuche an Zuger Gemeinden werden in aller Regel von Menzingen als erster Gemeinde beantwortet: «Gerne unterstützen wir ihr Anliegen, sofern alle Gemeinden dies tun.» Parallel dazu geht ein Telefonanruf von Menzingen nach Walchwil, das dann dem Gesuch «leider nicht entsprechen kann». (Gefunden im Benevol-Journal vom März 2001)



Nach dem erfolgreichen Übergang vom SGA-Bulletin zum BULLETIN des alternativen Zug vor anderthalb Jahren ist dieser Schritt nun auch bei der Trägerschaft erfolgt. Am vergangenen 19. Februar konstituierte sich der «Verein DAS BULLETIN» neu. Im Zweckartikel ist die Funktion des Trägervereins umschrieben: «Der Verein bezweckt die mindestens vierteljährliche Herausgabe von «DAS BULLETIN des alternativen Zug». Er gewährleistet die Finanzierung und setzt eine Redaktion ein.» Zugleich wurde ein Vorstand gewählt, der mit seiner Zusammensetzung repräsentativ ist für das linksgrüne Zuger Spektrum:

Von links nach rechts:
 Walter Richner, Rotkreuz
 Marianne Aepli, Menzingen
 Andreas Kuhn, Oberägeri
 Arlene Wytenbach, Zug
 Agatha Rüttschi, Steinhausen
 Bruno Bollinger, Baar
 Toni Kleimann, Cham
 Nicht auf dem Bild:
 Dana Zumr (Kasse), Zug

Bild: Martin Stuber



Jetzt ist es offiziell:

Das Bulletin hat eine amtlich beglaubigte Auflage von 1023 Exemplaren und ist damit auch postalisch eine «richtige» Zeitung.

So sparen wir pro Jahr einen vierstelligen Betrag bei den Versandkosten ein!

Und können es uns weiterhin leisten, ohne Werbung



MI 4. 4. 2001, GV VeLobby
 19.30 h, Kantonsbibliothek Zug

DO 5. 4. 2001, Freie Wähler Menzingen
 20.00 h, Höck im Rest. Lueg-Island

Achtung! DO 5. 4. 2001 keine SGA-Monatsbar!
 dafür am

FR 6. 4. 2001, SGA-Monatsbar
 ab 18.30 h in der ZALT-Cafeteria (vis-à-vis EPA)
 vorher GV SGA, 18.00 h, ZALT-Sitzungszimmer

DO 3. 5. 2001, SGA-Monatsbar
 ab 18.30 h in der ZALT-Cafeteria

DI 15. 5. 2001, GV Frische Brise, Steinhausen

MI 6. 6. 2001, Freie Wähler, Menzingen
 20.00 h, Höck im Rest. Lueg-Island

DO 7. 6. 2001, GV Gleis 3, Rotkreuz
 15 Jahre Gleis 3

DO 7. 6. 2001 SGA-Monatsbar-Fest!
 ab 18.30 h in der ZALT-Cafeteria

MI 13. 6. 2001, ein Fest und ein Theaterprojekt zu 30 Jahren Gleichstellung der Frau in der Schweiz
 Essen und Bar ab 18.00 h



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Bulletin Nr. 1, März 2001, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: DAS BULLETIN, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss
 Layout: Markus Müller

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfarbtem Altpapier.

Auflage: 1250

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Unterstützungsabo: Fr. 50.-
 Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-
 PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 2/2001: Freitag, 15. Juni 2001

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 28. Juni 2001

«Das Bulletin» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch/bulletin